VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. September 2016

Thomas Milic, Daniel Kübler

unter Mitarbeit von Georg Lutz, Florence Lebert, Oliver Lipps

Lausanne, Aarau, Luzern; November 2016

Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Der Bericht in den Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch sowie die dazugehörigen Daten sind unter www.voto.swiss frei zugänglich.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktor ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

PD Dr. Oliver Lipps, FORS (oliver.lipps@fors.unil.ch)

Dr. des. Florence Lebert, FORS (florence.lebert@fors.unil.ch)

Urs Aellig, LINK (urs.aellig@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Daniela Schempp, LINK (daniela.schempp@link.ch)

Autoren dieser Studie

Thomas Milic und Daniel Kübler, ZDA Aarau

unter Mitarbeit von Georg Lutz, Florence Lebert und Oliver Lipps, FORS

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Trad8 Agence de traduction Sàrl (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Milic, Thomas und Daniel Kübler (2016). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. September 2016.* FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Titelbild © Simon Zenger/Shutterstock.com

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse **4**

Initiative «Grüne Wirtschaft» *4*

Initiative «AHVplus: für eine starke AHV» *4*

Nachrichtendienstgesetz *5*

2. Die Beteiligung **7**

3. Die Meinungsbildung **11**

Die Bedeutung der Vorlagen *11*

Der Entscheidzeitpunkt und die Entscheidungsschwierigkeit *12*

Die Informiertheit *13*

Die Informationsgewinnung *14*

4. Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» («Grüne Wirtschaft») **16**

Die Ausgangslage *16*

Der Stimmentscheid *16*

Die Motive *18*

Die Resonanz der Abstimmungsargumente *21*

5. Initiative «AHVplus: für eine starke AHV» **24**

Die Ausgangslage *24*

Der Stimmentscheid *24*

Die Motive *27*

Die Resonanz der Abstimmungsargumente *29*

6. Nachrichtendienstgesetz **32**

Die Ausgangslage *32*

Der Stimmentscheid *32*

Die Motive *35*

Die Resonanz der Abstimmungsargumente *36*

Anhang **39**

Die Datenerhebung *39*

Zur Repräsentativität der Stichprobe *40*

Zur Gewichtung *40*

Zur Inferenz *40*

Tabellen *41*

1. Die wichtigsten Ergebnisse

Weder die Initiative «Grüne Wirtschaft» noch die «AHVplus»-Initiative vermochten über das links-grüne Lager hinaus zu mobilisieren, obwohl die Kernanliegen beider Initiativen viele Sympathien geniessen. Bei der Initiative «Grüne Wirtschaft» waren es die Angst vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen und die Bedenken gegen die Umsetzbarkeit, die zur Ablehnung führten, während die «AHVplus»-Initiative hauptsächlich daran scheiterte, dass die Finanzierbarkeit angezweifelt wurde. Die Zustimmung zum Nachrichtendienstgesetz war ein Entscheid für mehr Sicherheit, für die man nötigenfalls auch Einschränkungen der persönlichen Freiheit hinzunehmen bereit ist. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'575 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 25. September 2016. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA Aarau und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Initiative «Grüne Wirtschaft»

Das Begehren scheiterte an der Urne, weil aus Sicht der Stimmenden zu viele Gründe dagegen sprachen. Ein Teil der Stimmenden war der Ansicht, dass die Initiative dem Werkplatz Schweiz schade oder zu einer Verteuerung von Produkten führe. Andere hatten Zweifel an der Umsetzbarkeit der Initiative oder fühlten sich von ihr bevormundet. Wiederum andere gaben an, die Schweiz fördere den Umweltschutz hinreichend. In ihrer Summe brachten diese unterschiedlichen Nein-Gründe die Initiative zu Fall. Für die Befürwortenden hingegen war der Umweltschutz das zentrale Motiv für die Annahme der Initiative. Obwohl das Begehren deutlich scheiterte, geniessen seine Kernanliegen Sympathien, die weit über das Ja-Lager hinausreichen. Rund zwei Drittel aller Stimmenden begrüssen einen grösseren Beitrag der Wirtschaft zum Umweltschutz und sind davon überzeugt, dass den umweltschonenden Technologien die Zukunft gehört.

Der Pro-Seite gelang es im Abstimmungskampf nicht, die für Umweltvorlagen typische Konfliktlinie zwischen links und rechts aufzubrechen. Nur im linken Lager erzielte die Initiative eine Mehrheit. In der Mitte des politischen Spektrums wurde sie hingegen deutlich abgelehnt (70% Nein-Anteil) und rechts davon lag die Ablehnung gar bei über 80 Prozent. Im linken Lager fand das Begehren zudem keine geschlossene Zustimmung: Einzig bei der GPS-Anhängerschaft erzielte es eine Mehrheit von über 80 Prozent (87% Ja-Anteil). Von den Anhängerinnen und Anhängern der SP und GLP legten hingegen nur etwa zwei von drei Stimmenden ein Ja in die Urnen. Unterschiede gab es hinsichtlich Bildung und Alter: Jüngere Stimmende und solche mit Hochschulabschluss stimmten der Initiative häufiger zu als Ältere und Personen mit tieferem Bildungsgrad.

Initiative «AHVplus: für eine starke AHV»

Zwar ist eine klare Mehrheit der Stimmenden (69%) der Meinung, dass eine Anpassung der Renten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten notwendig sei, doch am Ende wurde die «AHVplus»-Initiative abgelehnt – primär deshalb, weil man an ihrer Finanzierbarkeit zweifelte. Fast die Hälfte aller Nein-Stimmenden nannte dieses Motiv spontan als wichtigsten Grund für ihre ablehnende Haltung. Eine nicht unerhebliche Zahl der Nein-Stimmenden war zudem der Ansicht, dass eine pauschale Rentenerhöhung ausgerechnet jenen, die am ehesten darauf angewiesen wären, gar nichts nütze. Darüber hinaus aber geniesst die AHV grösste Sympathien, was etwa darin zum Ausdruck kommt, dass rund drei Viertel aller Stimmenden sie für die sicherste Altersvorsorge halten und gegenüber den Pensionskassen stärken wollen.

Trotz der parteiübergreifenden Beliebtheit der AHV wurde der Urnenentscheid massgeblich durch den Links-rechts-Gegensatz geprägt. Wer mit der SP und der GPS sympathisiert, stimmte der Initiative mehrheitlich zu. Alle anderen Parteianhängerschaften lehnten die Initiative hingegen klar ab, am deutlichsten jene der FDP. Bemerkenswert ist jedoch, dass jeder dritte SVP-Sympathisierende sie guthiess. Umgekehrt wichen fast 30 Prozent der SP-Gefolgschaft von der Parteiparole ab und legten ein Nein in die Urnen.

Im Vorfeld der Abstimmung wurde bei dieser Vorlage ein Generationengraben befürchtet. Ein solcher öffnete sich zwar tatsächlich, jedoch war er bei weitem nicht so tief wie vermutet. Die jüngeren Stimmenden lehnten die Vorlage zwar wie erwartet deutlich ab, die Rentnerinnen und Rentner hingegen stimmten keineswegs geschlossen für eine Rentenerhöhung – im Gegenteil: In unserer Stichprobe verwarfen sie die Initiative gar mehrheitlich, wenn auch nur knapp. Von einem Generationenkonflikt kann demnach nicht die Rede sein.

Nachrichtendienstgesetz

Der Entscheid zum Nachrichtendienstgesetz stand unter dem Eindruck der gegenwärtigen globalen Sicherheitslage. Eine grosse Mehrheit befand das Gesetz für notwendig im Kampf gegen den Terrorismus. Die Überzeugung, die Schweiz brauche zum Schutz vor terroristischen Gewaltakten einen starken Nachrichtendienst, fand bei fast allen Ja-Stimmenden Anklang. Selbst eine knappe Mehrheit der Gegnerschaft stimmte dem zu. Bemerkenswert ist zudem, dass zwei Drittel aller Befragten bereit sind, für ein Mehr an Sicherheit auch gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit in Kauf zu nehmen.

Für die Gegner bildete der unverhältnismässige Eingriff in die Privatsphäre den wichtigsten Ablehnungsgrund. Oft wurde zudem auch die Effektivität bzw. der Nutzen des neuen Gesetzes angezweifelt. Nur im linken, äusseren Spektrum des Links-rechts-Kontinuums stiess die Revision jedoch auf mehrheitliche Ablehnung. Bei der gemässigten Linken und der SP-Anhängerschaft fanden sich bereits Mehrheiten zugunsten der Revision. Weiter spielten auch das Alter und das Regierungsvertrauen eine Rolle: Mit steigendem Alter und zunehmendem Vertrauen in den Bundesrat stieg auch die Zustimmung zum Gesetz.

Die Abstimmungsvorlagen

In der Abstimmung vom 25. September 2016 hatte das Schweizer Stimmvolk über folgende Vorlagen zu befinden:

- Die von der Grünen Partei lancierte Initiative «Grüne Wirtschaft» verlangte eine nachhaltige und die Ressourcen effizient nutzende Wirtschaft. Das Begehren wurde mit 63.6 Prozent Nein-Stimmen verworfen.
- Die Volksinitiative «AHVplus» verlangte eine Erhöhung aller laufenden und zukünftigen Altersrenten um 10 Prozent. Die Vorlage wurde mit 59.4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.
- Das Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (NDG) sieht einen Ausbau der präventiven Überwachungstätigkeit des Nachrichtendienstes des Bundes vor. In der Referendumsabstimmung setzte sich die Befürworterschaft der Vorlage mit 65.5 Prozent Ja-Stimmen durch.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA Aarau und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 27.9. und 14.10. 2016 1‘575 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 821 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 435 in der Romandie und 319 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden rein zufällig aus dem Stichprobenregisters des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 23,7 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit der Zahl der Befragten und auch der Verteilung der Befragten. Der Stichprobefehler ist bei jedem Wert ausgewiesen.

Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte, die Fragebogen wie auch die Rohdaten für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich unter www.voto.swiss bzw. durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

2. Die Beteiligung

Die Stimmbeteiligung lag mit 42.6 bis 43.1 Prozent[1] leicht unter dem Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Entsprechend gehören die aus der Partizipationsforschung hinlänglich bekannten «üblichen Verdächtigen» auch zu den zentralen Beteiligungsfaktoren des Urnengangs vom 25. September 2016. Allen voran das politische Interesse. Wer an Politik sehr interessiert ist, nahm viel häufiger teil (71%) als solche, die kein (8%) oder nur mässiges Interesse an Politik zeigen (22%). Dass politisches Interesse zur Teilnahme motiviert, ist eine triviale Erkenntnis. Erwähnenswerter ist jedoch, dass selbst ein knappes Drittel der an Politik grundsätzlich hoch Interessierten (29%) der Urne fernblieb. Auch zwischen dem Alter und der Abstimmungsteilnahme zeigt sich ein Muster, das von Standardurnengängen bekannt und belegt ist[2]: Ältere Stimmberechtigte beteiligten sich deutlich fleissiger als junge Stimmberechtigte – indes, wie gesagt, im gewohnten Ausmass. Es gibt demnach keinen Hinweis darauf, dass die «AHVplus»-Initiative Rentnerinnen und Rentner übermässig stark mobilisiert hätte. Schliesslich waren die einkommensstarken Klassen und die höheren Bildungsschichten im Stimmkörper wie üblich übervertreten.

Dass dem Urnengang ein Mobilisierungsmotor wie etwa die Durchsetzungsinitiative am 28. Februar 2016 fehlte, zeigt sich unter anderem auch daran, dass selbst von jenen, die angeben, prinzipiell keinen Urnengang auszulassen, bloss 77 Prozent teilnahmen. Dieser Wert nimmt sodann mit sinkender Urnenganghäufigkeit rapide ab. Von jenen, die nach eigenem Bekunden an etwa der Hälfte aller Urnengänge teilnehmen, trieb es gerade einmal 16 Prozent an die Urnen. Kurz, nebst jenen, die aus Pflichtgefühl oder generell hohem politischem Interesse ohnehin regelmässig teilnehmen, beteiligten sich nur noch wenige der selektiven Urnengängerinnen und Urnengänger.[3]

Tabelle 2-1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n[4]	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	43	1575	
Alter[5]			**V = .30***[6]**
18-39 Jahre	27	351	+/-4.6
40-49 Jahre	35	256	+/-5.8
50-59 Jahre	44	335	+/-5.3
60-69 Jahre	64	264	+/-5.8
70 Jahre und älter	62	369	+/-4.9

[1] Die Beteiligung schwankt leicht zwischen den drei Vorlagen.
[2] In der Stadt St. Gallen, deren Stimmregisterdaten zugänglich sind, beträgt die Beteiligungsdifferenz zwischen den rund 70-Jährigen und den 20-30-Jährigen im Durchschnitt knapp 40 Prozentpunkte.
[3] Regelmässige Teilnahme wurde mit mindestens neun von zehn möglichen Teilnahmen gleichgesetzt. Ausgehend von dieser Definition setzte sich der Stimmkörper des 25. September 2015 zu 77 Prozent aus regelmässigen Urnengängerinnen und Urnengängern zusammen.
[4] Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (*n*) jeder Merkmalsgruppe, für die der Stichprobenfehler auch ermittelt wurde.
[5] Für den Kanton Genf liegen die amtlichen Beteiligungsquoten nach Altersgruppen vor (siehe: https://www.ge.ch/statistique/graphiques/affichage.asp?filtreGraph=17_03&dom=1). Für die 18-39-Jährigen liegen die Beteiligungsraten zwischen 26.6% und 33.8%, bei den 40-49-Jährigen zwischen 38.2% und 43%, bei den 50-59-Jährigen zwischen 47.6% und 53.2%, bei den 60-69-Jährigen zwischen 60.1% und 64.8% und bei den über 69-Jährigen zwischen 68.2% und 36.2%.
[6] Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille (Pr < .001), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent (Pr < .01) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent (Pr < .05). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramérs V ausgewiesen. Cramérs V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Äquivalenzeinkommen[7]			**V = .13****
1. Quartil (<3'200 CHF)	34	343	+/-5.0
2. Quartil (3'200 – 4'599 CHF)	44	355	+/-5.2
3. Quartil (4'600 – 6'300 CHF)	44	309	+/-5.5
4. Quartil (>6'300 CHF)	53	330	+/-5.4
Politisches Interesse			**V = .39*****
überhaupt nicht interessiert	8	105	+/-5.3
eher nicht interessiert	22	341	+/-4.4
eher interessiert	50	834	+/-3.4
sehr interessiert	71	292	+/-5.2

Vorlagen vermögen auch gruppenspezifisch zu mobilisieren. Das kann, abhängig vom Vorlagenthema, dazu führen, dass bestimmte ideologische Lager im Stimmkörper übervertreten sind. Bei Multipack-Abstimmungen ist die Wahrscheinlichkeit einer einseitig-gruppenspezifischen Mobilisierung von vornherein etwas geringer, weil nicht bloss über eine, sondern über mehrere Vorlagen gleichzeitig abgestimmt wird. Tatsächlich liefern die Beteiligungsraten der verschiedenen politischen Lager keinen Hinweis darauf, dass eines davon aussergewöhnlich stark mobilisiert wurde. Die Differenzen zwischen den politischen Lagern sind gering – derart gering, dass der entsprechende Chi-Quadrat-Test nicht signifikant ausfiel. Kurz, die politische Couleur der Abstimmenden beeinflusste die Teilnahme nicht.

Von den Parteianhängerschaften beteiligten sich in unserer Stichprobe jene der FDP und CVP am stärksten, während die Mobilisierung der Gefolgschaften von SP und SVP geringer ausfiel. Jedoch liegen die Beteiligungsdifferenzen zwischen den Parteianhängerschaften oftmals innerhalb des Konfidenzintervalls der jeweiligen Vergleichspartei, weshalb die obige Aussage als Tendenz aufgefasst werden soll.

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	43	1575	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			**V = .08**
Linksaussen (0-2)	51	98	+/-9.9
Links (3,4)	45	289	+/-5.7
Mitte (5)	39	556	+/-4.1
Rechts (6,7)	44	351	+/-5.2
Rechtsaussen (8-10)	49	175	+/-7.4

[7] Zur Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens haben wir die pauschale Quadratwurzelskalierung der OECD verwendet (Haushaltseinkommen bzw. der abgefragte Mittelwert der Messwertklassen dividiert durch die gerundete Quadratwurzel der Haushaltsgrösse). Daraus wurden anschliessend vier Einkommensquartile gebildet. Spearmans Rangkorrelationskoeffizient zwischen dem reskalierten Nettoäquivalenzeinkommen und den ursprünglichen Messwerten (Haushaltseinkommen) beträgt .86.

Parteisympathie			**V = .21*** **
FDP	58	276	+/-5.8
CVP	55	144	+/-8.1
SP	43	289	+/-5.7
SVP	41	246	+/-6.1
GLP	49	57	+/-13
Grüne	51	86	+/-10.6
andere Partei	40	124	+/-8.6
keine	28	353	+/-4.7

Den Nichtteilnehmenden wurden Gründe für die Stimmabstinenz vorgelegt, denen sie zustimmen konnten oder nicht. Am häufigsten wurde angegeben, man sei (ausnahmsweise) verhindert gewesen (50%). Ohne Zweifel hat eine nicht unerhebliche Zahl der Befragten bei dieser Antwort versucht, gewissen sozialen Rollenerwartungen gerecht zu werden. Das kann etwa dadurch belegt werden, dass selbst 22 Prozent derer, die nach eigenem Bekunden *nie* teilnehmen[8], angaben, beim Urnengang vom 25. September bloss verhindert gewesen zu sein. Ein Viertel gab an, der Urne aus Überforderung ferngeblieben zu sein. Bildungsferne Schichten und Rechtskonservative gaben diesen Grund besonders häufig an. Desinteresse an den Abstimmungsthemen war ebenfalls ein vergleichsweise oft genannter Grund für die Nicht-Teilnahme (24%). Dass Abstimmungsergebnisse nichts ändern würden und es auf die einzelne Stimme ohnehin nicht ankäme, sind Abstinenzgründe, die nichts mit den vorgelegten Sachfragen zu tun haben. Vielmehr kommt darin ein fundamentales Misstrauen bzw. eine Verdrossenheit gegenüber dem politischen System als Ganzem zum Ausdruck. 21 bzw. 22 Prozent stimmten diesen Gründen zu. Speziell der letztgenannte Grund – die einzelne Stimme könne ohnehin nichts ausrichten – wurde in der Romandie deutlich häufiger angegeben (39%) als in der Deutschschweiz (16%). Diese Skepsis gegenüber den eigenen Politikgestaltungsmöglichkeiten hat möglicherweise auch damit zu tun, dass sich die Romand(e)s als strukturelle (Sprach-)Minderheit häufiger überstimmt fühlen als die Sprachmehrheit der Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer. So plausibel diese Erklärung klingt, so trifft sie auf die italienischsprachige Schweiz – ebenfalls eine Sprachminderheit – nur begrenzt zu. Der Anteil derer, die der Ansicht waren, auf die eigene Stimme käme es nicht an, ist hier nur unwesentlich höher (20%) als in der Deutschschweiz. Für beide fundamentalen Abstinenzgründe gilt jedoch: Wer der Regierung nicht vertraut, gab diese beiden Gründe wesentlich öfter an als solche, die dem Bundesrat Vertrauen schenken. So stimmten 37 Prozent der Regierungsmisstrauenden[9] der Aussage zu, dass Abstimmungen ohnehin nichts ändern würden, während nur 13 Prozent der Befragten mit hohem Regierungsvertrauen diese Ansicht teilten. Obwohl nicht explizit danach gefragt wurde, ist anzunehmen, dass dieses Misstrauen gegenüber der Direkten Demokratie als Ganzer («Abstimmungen ändern ohnehin nichts») in direktem Zusammenhang damit steht, dass diese Bürgerinnen und Bürger an einer anschliessenden Umsetzung der Volksentscheide durch Regierung und Parlament zweifeln. Ihre Skepsis ist, wie gesagt, fundamentaler Natur. Deshalb beteiligen sie sich grundsätzlich nie bzw. kaum einmal: In keiner anderen Gruppe ist der Anteil derer, die angaben, sie würden sich nie bzw. höchstens einmal an zehn Urnengängen beteiligen, so hoch (38%) wie bei den «Systemverdrossenen».[10]

[8] Fallzahl (n)=61.

[9] Als Misstrauende wurden diejenigen klassifiziert, die der Regierung auf der Vertrauensskala (0-10) einen Wert von fünf oder weniger zuwiesen. Im Prinzip wäre es noch aufschlussreicher zu erfahren, wie diejenigen über Abstimmungen denken, die ein *sehr geringes* Vertrauen in den Bundesrat angeben (Werte 0-2). In dieser Gruppe beträgt der Stichprobenanteil der «Systemverdrossenen» gar 65 Prozent. Allerdings ist ihre Fallzahl derart gering (n=26), dass eine Verallgemeinerung dieses Resultats nicht zulässig ist.

[10] Unter den Nicht-Teilnehmenden des Urnengangs vom 25.9.2016 beträgt der Anteil derer, die angeben, sie würden sich nie bzw. höchstens an einem von zehn Urnengängen beteiligen, 11 Prozent.

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	50
Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	25
Desinteresse an Abstimmungsthemen	24
Entscheidungsunsicherheit	21
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	21
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	22
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	22

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 515. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. Weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

3. Die Meinungsbildung

Die Bedeutung der Vorlagen

Die Teilnehmenden wurden gebeten, die Bedeutung der Vorlagen für sie selbst auf einer Skala zwischen 0 («überhaupt nicht wichtig») und 10 («sehr wichtig») einzustufen. Dabei wurde die «AHVplus»-Initiative im Schnitt als die wichtigste eingestuft, gefolgt vom Nachrichtendienstgesetz und – mit gehörigem Abstand – der Initiative «Grüne Wirtschaft». Die Bedeutungswahrnehmung der Teilnehmenden steht damit spiegelverkehrt zur Medienresonanz der Vorlagen. In der vom *fög* erstellten Rangliste der Intensität der Medienberichterstattung[11] rangierte die Grüne Wirtschaft (knapp) an erster Stelle, während die «AHVplus»-Initiative erst an dritter und damit letzter Stelle folgt.

Die «AHVplus»-Initiative bewegte die jungen Stimmenden (18-29-Jährige) weniger (Mittelwert=6.0) als die älteren. Die Altersvorsorge liegt für viele Junge weit entfernt in der Zukunft, weshalb sie darin naturgemäss auch eine geringere Betroffenheit erkennen können als ältere Stimmende. Allerdings war der (mögliche) «Altersgraben» bei der AHV ein viel diskutierter Streitpunkt während des Abstimmungskampfes. Und eine Reihe von Jungparteien rief ihre (jungen) Anhängerschaften zur Teilnahme auf, um einen aus ihrer Sicht unfairen Lastenausgleich zu verhindern. Diese Anstrengungen lassen sich in der Bedeutungswahrnehmung der jungen Stimmenden jedoch kaum erkennen. AHV-Rentnerinnen und –Rentner selbst wiederum stuften die Vorlage nur unwesentlich wichtiger (7.2) ein als die restlichen Stimmenden (7.0). Die höchste persönliche Betroffenheit löste das Begehren vielmehr bei denjenigen aus, die entweder *kurz vor* der Pension stehen oder *unlängst* das Pensionsalter erreicht haben (60-69-Jährige: 7.6).

Der Initiative «Grüne Wirtschaft» wurde insbesondere im linken Lager[12] eine hohe persönliche Bedeutung beigemessen, während man rechts der Mitte vergleichsweise geringe Betroffenheit signalisierte (Mittelwerte zwischen 5.3 und 5.7). Das Nachrichtendienstgesetz (kurz: NDG), bei dem es auch und vor allem um die digitale Überwachung ging, erzielte bei den Internetaffinen[13] leicht höhere Bedeutungswerte (7.5) als beim Rest. Für die Bedeutungseinschätzung war jedoch die Haltung zur Armee wichtiger: Armeebefürwortende massen der Vorlage deutlich höhere Bedeutung (7.5) bei als die Armeegegnerschaft (6.6). Zwar ging es beim NDG nicht um die Armee, wohl aber um die Kompetenzen des Nachrichtendienstes und um die äussere und innere Sicherheit – und damit wohl implizit auch um die Einschätzung der Bedrohungslage durch terroristische Anschläge. Sie wurde von den Befürwortenden einer starken Armee offenbar anders beurteilt als von den Armeegegnerinnen und -gegnern.

[11] http://www.foeg.uzh.ch/de/analyse/dossier.html#3
[12] Linksaussen erzielte die Initiative einen Bedeutungswert von 7.1, im gemässigt-linken Lager einen Wert von 6.9.
[13] Die Grundlage zur Klassifikation bildete die Frage, ob man sich häufiger im Internet oder offline politisch informiere.

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Vorlagen (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Stimmenden)

Bedeutungsniveau	«Grüne Wirtschaft»	«AHVplus»	Nachrichtendienst-gesetz
sehr gering (0,1)	5	3	2
gering (2-4)	20	12	12
mittel (5)	16	11	12
hoch (6-8)	42	44	47
sehr hoch (9,10)	17	30	27
Total	**100**	**100**	**100**
Arithmetischer Mittelwert (n)	**6.1 (1041)**	**7.1 (1051)**	**7.0 (1031)**

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate.

Der Entscheidzeitpunkt und die Entscheidungsschwierigkeit

Die Befragten wurden gebeten, bei allen Vorlagen anzugeben, wann sie sich entschieden hatten und wie schwierig ihnen der Entscheid gefallen war.

Bei allen drei Vorlagen stand der Entscheid bei rund der Hälfte aller Teilnehmenden von Beginn weg fest. Tendenziell am stärksten prädisponiert war dabei das Votum zur «AHVplus»-Initiative. Nur knapp jeder Zehnte (13%) gab an, seinen Entscheid erst im letzten Moment gefällt zu haben. Bei der Initiative «Grüne Wirtschaft» betrug dieser Anteil 19, beim NDG 20 Prozent.

Bei keiner der drei Vorlagen sind dramatische Meinungsumschwünge in der Endphase des Abstimmungskampfes erkennbar, zumal die Zahl derjenigen, für die der Entscheid von vornherein klar war, mehr als doppelt so hoch ist wie diejenige der Spätentscheider. Die früh Entschlossenen lehnten beispielsweise die «Grüne Wirtschaft» deutlich ab (62%) ebenso wie die Spätentscheidenden (69%). Nimmt man die Angaben der Befragten zum Entscheidzeitpunkt als Gradmesser dafür, wie sich die Meinungsbildung entwickelte, so war die «Grüne Wirtschaft» schon früh chancenlos.

Tabelle 3-2: Entscheidzeitpunkt (in % der Stimmenden, n zwischen 1’004 und 1’025)

Entscheidzeitpunkt	«Grüne Wirtschaft»	«AHVplus»	Nachrichtendienst-gesetz
von Anfang an klar	48	50	49
während dem Abstimmungskampf	33	37	31
im letzten Moment	19	13	20
Total	**100**	**100**	**100**

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 0.5%) wurden nicht berücksichtigt.

Am leichtesten fiel den Stimmenden der Entscheid zur «AHVplus»-Initiative. 83 Prozent gaben an, die Sachfrage habe ihnen keine grossen Mühen bereitet. Dieser hohe Wert liegt wohl auch darin begründet, dass die Initiative eine materiell vergleichsweise einfache Forderung enthielt (eine zehnprozentige Erhöhung der Renten). Die Initiative «Grüne Wirtschaft», die ungleich komplexere Konzepte enthielt wie etwa dasjenige des «ökologischen Fussabdrucks» und die Anzahl «verbrauchter Erden», bereitete den Teilnehmenden indessen erheblich mehr Mühe. Etwa jeder Dritte (34%) bekannte, sich mit der Entscheidungsfindung zu dieser Initiative schwer getan zu haben.

Bei der Entscheidfindung zur «AHVplus»-Initiative gab es Unterschiede zwischen den Generationen: Den älteren Stimmberechtigten, namentlich den 60-69-Jährigen, fiel der Entscheid besonders leicht. Fast alle (95%) von ihnen gaben an, beim Entscheid keine Schwierigkeiten gehabt zu haben. Die jüngeren Stimmberechtigten (18-29-Jährige) bekundeten dabei mehr Mühe (69% fiel der Entscheid leicht). Aufgrund der speziellen Konstellation – der Vorsteher des federführenden Departments, SP-Bundesrat Alain Berset, riet zur Ablehnung einer linken Initiative – hätte vermutet werden können, dass die SP-Anhängerschaft stärker zwischen einem Ja und einem Nein hin- und hergerissen würde als andere Parteianhängerschaften. Dafür gibt es jedoch keine empirischen Belege. SP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten bekundeten beim «AHVplus»-Votum nicht substanziell mehr Mühe als andere Parteianhängerschaften. Ähnliches gilt auch für die oftmals «rentenfreundlich» stimmende SVP-Anhängerschaft, deren Partei aber eine Nein-Parole fasste: Auch bei ihr schlug sich dieser Widerspruch nicht in einer entsprechend mühevollen Entscheidungsfindung nieder.

Tabelle 3-3: Entscheidschwierigkeit (in % der Stimmenden, n zwischen 1'030 und 1'050)

Entscheidschwierigkeit	«Grüne Wirtschaft»	«AHVplus»	Nachrichtendienst-gesetz
eher leicht	64	83	71
eher schwer	34	17	28
keine Angabe, weiss nicht	2	<1	<2
Total	**100**	**100**	**100**

Die Informiertheit

Es ist nicht leicht, eine vorlagenspezifische Informiertheit zu messen. Wir haben für den Grad der Informiertheit einen Index entwickelt, der die Kenntnisse zu den einzelnen Vorlagen zumindest annährend erfassen soll.

Die «AHVplus»-Initiative war diejenige Sachfrage, an die sich die Stimmenden am ehesten erinnern und deren Entscheid sie auch am ehesten inhaltlich rechtfertigen konnten. Daraus schliessen wir, dass sie über diese Vorlage auch am besten Bescheid wussten. Das liegt gewiss auch daran, dass die «AHVplus»-Initiative zum einen eine materiell einfache Forderung enthielt und zum anderen für viele – insbesondere für Rentnerinnen und Rentner – einen konkreten Alltagsbezug aufwies. Beim Nachrichtendienstgesetz und der Initiative «Grüne Wirtschaft» war die Ausgangslage eine andere. Deshalb fiel es den Stimmenden wohl auch schwerer, sich einen Überblick über deren Vorlageninhalt verschaffen zu können.

Tabelle 3-4: Vorlagenspezifische Kenntnisse (in % der Stimmenden, n = 1'060)

Informiertheitsniveau	«Grüne Wirtschaft»	«AHVplus»	Nachrichtendienst-gesetz
sehr tief (0 Punkte)	6	1	5
eher tief (1 Punkte)	16	5	7
eher hoch (2 Punkte)	42	24	39
sehr hoch (3 Punkte)	37	69	49
Total	**100**	**100**	**100**
Arithmetischer Mittelwert	**2.1**	**2.6**	**2.3**

Gewichtete Resultate. Der Index der vorlagenspezifischen Informiertheit[14] setzt sich aus der Frage nach den Abstimmungsthemen und der Motivfrage zusammen und wurde wie folgt erhoben: Wer das jeweilige Abstimmungsthema zu nennen vermochte, erhielt einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substanzielle Angabe machte (Weiss nicht und keine Antwort) erhielt 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angab, erhielt 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angab – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhielt 2 Punkte. Insgesamt waren demnach maximal 3 Punkte möglich. Aufgrund von Rundungen kann das Total mehr/weniger als 100 Prozent betragen.

Die Informationsgewinnung

Wir haben die Befragten zu einer Vielzahl von möglichen Informationsquellen gefragt, wie stark sie diese nutzen.

Die meistgenutzten Informationsquellen sind Zeitungsartikel und die kostenlose Informationsbroschüre des Bundes («Bundesbüchlein»). Sie erreichten Nutzungsraten von 93 bzw. 92 Prozent, wobei das Bundesbüchlein intensiver genutzt[15] wurde als Zeitungsartikel. Abstimmungssendungen am Fernsehen waren ebenfalls beliebt unter den Stimmenden. Etwa acht von zehn Teilnehmenden (81%) gaben an, TV-Abstimmungssendungen im Vorfeld der Abstimmung gesehen zu haben. Neben den klassischen Medien zählen aber auch Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen zu den beliebten Informationsquellen (61 Prozent Nutzungsrate). Meinungsumfragen wird ebenfalls Beachtung geschenkt: 55 Prozent der Teilnehmenden gaben an, sich bei der Meinungsbildung darauf gestützt zu haben. Die neuen, sozialen Medien wie Twitter und Facebook liegen in der Rangliste der genutzten Informationsquellen nach wie vor auf den hinteren Plätzen. Die Nutzungsrate ist mit 24 Prozent zudem erheblich tiefer als bei den klassischen Medienkanälen. Damit ist nicht gesagt, dass diese neuen Medien keinen Einfluss auf das Stimmverhalten hätten. Botschaften auf solchen Informationskanälen werden möglicherweise von anderen Medien aufgenommen und finden so eine weite Verbreitung. Aber ihr *direkter* Effekt auf die Stimmenden ist angesichts der Nutzungsraten als vergleichsweise gering einzustufen.

Hinweise darauf, dass die Nutzung bestimmter Informationsquellen den Entscheid vorgespurt hätte, gibt es so gut wie keine. Beispielsweise hätte vermutet werden können, dass die den neuen, «grünen Technologien» naturgemäss positiv gegenüberstehende Befürworterschaft der «Grünen Wirtschaft» vor allem über die sozialen Medien Stimmen gewinnen würde. Stimmende, welche diese Kanäle nutzten, legten indes nicht viel öfter ein Ja ein (41%) als solche, die sie nicht nutzten (35%). Etwas aus der Reihe fällt dabei lediglich der Befund, dass Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Medien die «AHVplus»-Initiative in unserer Stichprobe knapp annahmen (51%), während das Begehren beim Rest deutlich durchfiel (37% Ja-Stimmen). Erstaunlich ist das auch deshalb, weil das Begehren bei den jungen Stimmenden, die soziale Medien wiederum erheblich öfter nutzen als ältere Stimmende, auf geringere Sympathien stiess als bei den älteren Stimmenden.

[14] Um die Kriteriumsvalidität zu überprüfen, wurde der Informiertheitsindex zur Initiative «Grüne Wirtschaft» mit dem politischen Interesse verglichen. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen Informiertheit und politischem Interesse. Spearmans Rangkorrelationskoeffizient beträgt .41.

[15] Für die Erhebung der Nutzungsintensität wurden diejenigen unberücksichtigt gelassen, die angaben, die betreffende Informationsquelle *gar nicht* genutzt zu haben.

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 1'022-1'060)

Informationsquelle	Nutzungs-anteil in %	Nutzungs-intensität
Artikel in Zeitungen	93	6.5
Das Bundesbüchlein	92	7.2
Abstimmungssendungen am Fernsehen	81	6.2
Abstimmungszeitungen oder Flyers	69	5.4
Inserate in Zeitungen	68	4.6
Abstimmungssendungen am Radio	64	5.5
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	61	5.1
News-Seiten im Internet	55	5.2
Meinungsumfragen	55	4.3
Strassenplakate	55	3.8
Mitteilungen am Arbeitsplatz	34	4.3
Filme und Videoclips im Internet	25	3.7
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	24	3.7

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

Auf die Frage, wo man sich häufiger über Politik informiere – online oder offline – antworteten 72 Prozent, dass sie die klassischen (Offline-)Medien häufiger nutzen würden. 19 Prozent gaben an, sie würden beide Kanäle etwa gleich oft nutzen, während 9 Prozent der Stimmenden sich vorzugsweise über das Internet politisch informieren.

Über Abstimmungen wird zumindest unter den Teilnehmenden rege diskutiert. Sechs Prozent geben an, täglich über die Sachvorlagen diskutiert zu haben und weitere 36 Prozent tun dies immerhin mehrmals pro Woche.

Tabelle 3-6: Diskussionshäufigkeit im Vorfeld der Abstimmung (in % der Stimmenden, n = 1'060)

Diskussionshäufigkeit	Anteil in %
täglich	6
mehrmals pro Woche	36
etwa einmal pro Woche	34
seltener als wöchentlich	17
nie	8
Total	**100**

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten (0.3% aller Stimmenden) wurden bei der tabellarischen Auswertung nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total mehr/weniger als 100 Prozent betragen.

4. Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» («Grüne Wirtschaft»)

Die Ausgangslage

Im Herbst 2012 reichte die Grüne Partei der Schweiz die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» ein. Das Begehren verlangte, dass Bund, Kantone und Gemeinden eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft anstrebten. Konkret wurde in den Übergangsbestimmungen gefordert, dass der «ökologische Fussabdruck»[16] der Schweiz bis 2050 auf ein Mass reduziert werde, so dass er hochgerechnet auf die Weltbevölkerung eine Erde nicht überschreite. Der Bundesrat hielt dieses Ziel für zu ambitioniert und fasste einen indirekten Gegenvorschlag ins Auge. Dieser fiel indessen im Parlament durch. Unterstützt wurde die Initiative neben der Trägerschaft der GPS von der SP, der GLP, der EVP[17] sowie von Umweltverbänden. Bundesrat und Parlament lehnten die Initiative hingegen ab: Der Nationalrat mit 128 zu 62 Stimmen, der Ständerat mit 31 zu 13 Stimmen.

Das Stimmvolk verwarf das Begehren mit einem Anteil von 63.6 Prozent Nein-Stimmen. Mit Ausnahme des Kantons Genf lehnten alle Stände die Initiative mehrheitlich ab.

Der Stimmentscheid

Soziodemographische Faktoren spielten im Vergleich zu politischen Merkmalen (siehe hierzu den nächsten Abschnitt) eine untergeordnete Rolle für den Stimmentscheid. Das Alter bildet hierbei eine Ausnahme: In der Altersgruppe der 18-39-Jährigen erzielte die Initiative in unserer Stichprobe eine hauchdünne Mehrheit. In den anderen Altersgruppen scheiterte sie indessen deutlich. Auch das Bildungsniveau färbte sich auf das Stimmverhalten ab: Mit einem universitären oder Fachhochschul-Bildungshintergrund erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit einer Initiativannahme signifikant. Die Zustimmungsrate betrug unter den Fachhochschul- und Universitätsabgängerinnen und –abgängern 48 Prozent. Auch die Internetnutzung korrelierte mit dem Stimmentscheid. Unter den Internetaffinen erfreute sich die Initiative höherer Beliebtheit als unter jenen, die sich politisch mehrheitlich offline informieren. Zwar gibt es zwischen diesen drei soziodemographischen Gruppen (Alter, Bildung und Internetnutzung) Überschneidungen, aber die einzelnen Effekte bleiben auch in einer multivariaten Analyse robust.

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell[18] Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	36	927	
Alter			**V = .19*** **
18 bis 39 Jahre	51	151	+/-8.0
40 bis 49 Jahre	38	140	+/-8.0
50 bis 59 Jahre	34	191	+/-6.7
60 bis 69 Jahre	40	193	+/-6.9
70 Jahre und älter	24	252	+/-5.3

[16] Dabei handelt es sich um ein Mass zur Erhebung der durch den Konsum verursachten Umweltbelastung.
[17] Auch die CVP GE und die BDP VD unterstützten das Begehren.
[18] Für die vorliegende Tabelle wie auch die nachfolgenden Analysen wurden jeweils nur die materiell Stimmenden berücksichtigt. Darunter verstehen wir hier diejenigen Teilnehmenden, die sich in der Befragung auch an ihren Entscheid zu erinnern vermochten und nicht leer einlegten.

Bildungsgrad (Schulabschluss)			**V = .17*** **
Ohne nachobligatorische Bildung	27	91	+/-9.1
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	350	+/-5.0
Maturität/höhere Berufsbildung	30	206	+/-6.3
Fachhochschule/Uni/ETH	48	256	+/-6.1
Politische Meinungsbildung			**V = .18*** **
mehrheitlich online	46	85	+/-10.6
beides gleich häufig	52	152	+/-7.9
mehrheitlich offline	31	683	+/-3.5

Keine der drei Vorlagen vom 25. September 2016 polarisierte derart stark zwischen Links und Rechts wie die Initiative «Grüne Wirtschaft». Linksaussen stimmten 84 Prozent der Initiative zu, während es rechtsaussen noch 19 Prozent waren. Doch für den Erfolg einer Initiative aus dem linken Lager bedarf es der ungeteilten Unterstützung des gesamten linken Lagers. Indes, im gemässigten linken Lager betrug die Zustimmungsrate lediglich 62 Prozent. Stimmende, die sich in der Mitte oder gemässigt-rechts davon einstuften, verwarfen das Begehren deutlich (zu 70 bzw. 82%). Bei den Parteianhängerschaften bietet sich das gleiche Bild: Die Gefolgschaften von SVP und FDP verwarfen das Begehren sehr deutlich (zu 88 bzw. 89%), während rund neun von zehn Grünen-Sympathisantinnen und -Sympathisanten (87%) hinter der Initiative ihrer Partei standen. Als eher gemässigt ist hingegen die Unterstützung der SP-Anhängerschaft zu bezeichnen: 63 Prozent hiessen die Initiative gut.

Die Befürworterschaft hatte während des Abstimmungskampfes wiederholt versucht, das übliche Konfliktmuster bei solchen Vorlagen – Umweltschutz vs. Wohlstandssicherung – aufzubrechen, indem sie darauf hinwies, dass die Initiative der Wirtschaft nicht etwa schade, sondern vielmehr gar nütze. Diese Überzeugungsanstrengungen waren nur bedingt erfolgreich. Denn am Ende stimmten diejenigen, die Wohlstandswahrung über den Umweltschutz stellen, wie üblich deutlich gegen das grüne Begehren (85% Nein-Anteil). Eine weitere Konfliktlinie, die sich schon während des Abstimmungskampfes öffnete, war diejenige zwischen Marktregulierung und Wettbewerb. Rund zwei Drittel (65%) jener, die staatliches Eingreifen in wirtschaftliche Belange begrüssen, nahmen die Initiative an, während bei den Wettbewerbsbefürwortenden die Zustimmungsrate noch 25 Prozent betrug.

Am Abstimmungssonntag öffnete sich zudem ein nicht allzu tiefer, aber doch bemerkenswerter Sprachengraben. Bemerkenswert war dabei der Umstand, dass die Romandie dem Begehren stärker zustimmte als die Deutschschweiz. In der Vergangenheit war bei umweltpolitischen Vorlagen meist das Gegenteil der Fall. Warum die Romandie dieses Mal «grüner» stimmte als die Deutschschweiz, lässt sich nicht alleine mit soziodemographischen Merkmalen begründen. Es bedarf dazu auch eines Blickes auf die Motive und die Haltung zu den Argumenten (siehe dazu die folgenden Abschnitte). Vorerst lässt sich jedoch sagen, dass es kaum daran lag, dass der Umweltschutz in der Romandie generell stärker priorisiert wird als in der Deutschschweiz. Der Anteil derer, die Wirtschaftswachstum im Zweifelsfall über den Umweltschutz stellen, ist in der Romandie – wie gehabt – höher (23%) als in der Deutschschweiz (16%)[19]. Allerdings fällt auf, dass die Verhaltensrelevanz des Umweltbewusstseins in der Romandie stärker ausgeprägt war als in der Deutschschweiz: Wer Umweltschutz über die Wohlstandsicherung (bzw. –mehrung) stellt, stimmte in der Romandie konsequenter Ja als in der Deutschschweiz. Hinzu kommt: Im linken Lager unterschied sich die Zustimmung zur Initiative zwischen Romandie und Deutschschweiz vergleichsweise wenig, während

[19] Gleichzeitig ist in der Romandie auch der Anteil derer höher, die dezidiert für den Umweltschutz einstehen (39% zu 35%). Die Werte beziehen sich ausschliesslich auf die Teilnehmenden. Die Unterschiede zu den Nicht-Teilnehmenden sind indessen in beiden Sprachregionen gering.

es zwischen französisch- und deutschsprachigen Mitte-Wählerinnen und –Wählern grössere Unterschiede gab (41% zu 26%).

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach kognitiven und politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	36	927	
Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V = .44*** **
Linksaussen (0-2)	84	69	+/-8.6
Links (3,4)	62	193	+/-6.8
Mitte (5)	30	297	+/-5.2
Rechts (6,7)	18	217	+/-5.1
Rechtsaussen (8-10)	19	108	+/-7.4
Parteisympathie			**V = .50*** **
FDP	11	190	+/-4.4
CVP	22	92	+/-8.5
SP	63	184	+/-7.0
SVP	12	142	+/-5.3
GLP	63	42	+/-14.6
Grüne	87	57	+/-8.7
andere Partei	47	70	+/-11.7
keine	43	150	+/-7.9
Werthaltung: Umweltschutz wichtiger vs. Wohlstandssicherung			**V = .40*** **
Umweltschutz wichtiger	62	344	+/-5.1
gemischte Werthaltung	25	404	+/-4.2
Wohlstandssicherung wichtiger	15	143	+/-5.9
Werthaltung: Staatseingriffe vs. Wettbewerb			**V = .28*** **
mehr Staatseingriffe	65	158	+/-7.4
gemischte Werthaltungen	37	363	+/-5.0
mehr Wettbewerb	25	357	+/-4.5

Die Motive

Um die Beweggründe der Stimmenden zu ergründen, haben wir gefragt, welche Motive für den Entscheid ausschlaggebend gewesen seien. Hauptgrund für die Annahme der Initiative war der Umweltschutz. 41 Prozent aller Ja-Stimmenden argumentierten primär «grün» (Erstnennungen), das heisst, erachteten mehr Umweltschutz für notwendig und orientierten ihren Entscheid an diesem Ziel. Darunter fallen allgemeine Aussagen wie etwa diejenige, wonach wir bloss eine Erde hätten und ihr demnach Sorge tragen müssen, aber auch differenzierte bzw. konkretere Aussagen, die sich etwa detailliert auf erneuerbare Energien, etc. bezogen. Zu den Umweltschutz-bezogenen Motiven lassen sich zudem auch solche Aussagen zählen, die ganz spezifisch einen effizienteren oder sorgsameren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen forderten (12% der Erstnennungen) und solche, die in ihrem Handeln einen Dienst an künftige Generationen (7%) sehen. Insgesamt 60 Prozent stimmten

der Initiative demnach zu, um ganz explizit einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Weitere neun Prozent hatten dies wohl auch im Sinn, argumentierten aber primär wirtschaftlich.[20] Das heisst, sie wiesen darauf hin, dass die Initiative der Wirtschaft nicht schade, sondern nütze, hauptsächlich indem sie die Schweiz fit mache für zukünftige Technologien.

Ein nicht unerheblicher Anteil (12 %) argumentierte sehr allgemein, ohne auf den konkreten Inhalt der Vorlage einzugehen. Darunter fallen Aussagen wie „Ich habe eine grüne Ader", „Ist eine gute Idee" oder „Die Initiative geht in die richtige Richtung". Einige bekannten zudem offen, dass sie von der Initiative nicht gänzlich überzeugt gewesen seien, aber aufgrund der Ausgangslage – sie gingen fest von einer Niederlage der Initiative an der Urne aus – trotzdem entschieden, ein Ja einzulegen. Weitere acht Prozent wollten augenscheinlich ein Zeichen setzen. Einige dieser Aussagen offenbarten einen offenkundigen Signalisationscharakter («Man muss ein Zeichen setzen für die Umwelt«, «Man muss der Politik den Weg weisen»). Andere wiederum drängten darauf, dass nun endlich etwas geschehen müsse («Es ist dringend nötig, dass etwas geschieht»). Kaum einer verknüpfte jedoch einen höheren Konsumentennutzen mit der Initiative, etwa dadurch, dass – wie die Initianten argumentierten – Unternehmen durch die Initiative gezwungen würden, langlebigere, nachhaltigere Produkte auf den Markt zu bringen. Dieses Motiv wurde kaum je erwähnt, auch nicht als Zweitnennung.

Tabelle 4-3: Entscheidgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Pro-Motive				
Aus Gründen des Umweltschutzes	41	140	54	185
Effizienter Umgang mit Ressourcen	12	41	18	62
Verpflichtung gg. zukünftigen Generationen	7	23	10	33
Wirtschaftlicher Nutzen	9	32	18	62
Allgemeine Aussagen («gute Idee», «Musste man machen», etc.)	12	40	15	53
Zeichen setzen	8	29	14	48
Nutzen für Konsumenten	1	3	2	6
Empfehlungen	5	16	7	25
Anderes	0	0	1	4
Verwechslung	2	6	2	6
Weiss nicht/ keine Antwort	4	14	4	14
Total	100	344	145	498

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Wolf Linder schrieb einst, dass für Sachvorlagen oftmals gelte: «Viele Hunde sind des Hasen Tod».[21] In der Tat waren es viele unterschiedliche Nein-Motive, die das Begehren scheitern liessen. 17

[20] Es ist davon auszugehen, dass viele derjenigen, die der Initiative zustimmten, weil sie Zukunftstechnologien fördere, dies nicht *ausschliesslich* deswegen taten.
[21] Linder, Wolf (1999). Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt. Seite 255.

Prozent befürchteten, dass die Wirtschaft Schaden nehmen werde. Erstaunlich ist dabei, dass dieses Motiv *nur* zu 17 Prozent (Erstnennungen)[22] genannt wurde. Denn ökonomische Motive spielen bei Umweltvorlagen stets eine höchst bedeutsame Rolle. Bei der Initiative «Grüne Wirtschaft» dienten sie nur einer Minderheit als *Rechtfertigung* für ihr ablehnendes Votum. Interessant ist die sprachregionale Differenz bei diesem Motiv: Während in der Deutschschweiz ein Fünftel der Nein-Stimmenden negative ökonomische Folgen befürchtete, rechnete in der Romandie nur ein Zehntel der Romand(e)s mit negativen wirtschaftlichen Konsequenzen.

15 Prozent hielten die Initiative für zu ambitioniert oder nicht umsetzbar. Im Gegensatz zu jenen, die das Begehren als zu radikal und zu extrem befanden (9%), äusserten sich diese 15 Prozent jedoch nicht negativ zu den Initiativzielen im Generellen. Viele sagten beispielsweise, dass sie die Forderung nach mehr Umweltschutz *im Prinzip* gutheissen würden, aber die Initiativziele utopisch seien.[23] Eine Bevormundung durch die Initiative befürchteten neun Prozent der Ablehnenden. Weitere acht Prozent waren der Ansicht, die Schweiz fördere den Umweltschutz bereits hinreichend, während weitere drei Prozent meinten, die Schweiz alleine könne gegen die globale Umweltverschmutzung nichts ausrichten.

Daneben wurden auch inhaltsfremde bzw. sehr allgemeine Äusserungen gemacht: 14 Prozent gaben an, einer Empfehlungen gefolgt zu sein – vor allem jener des Bundesrates. Darunter gab es aber auch solche, die gewissermassen eine «negative» Entscheidhilfe nutzen: Sie sagten, sie würden Initiativen aus dem grünen Lager generell ablehnen. Weitere acht Prozent machten sehr allgemeine Ablehnungsgründe geltend und jeder Zehnte/jede Zehnte wusste nicht (mehr), warum er/sie ein Nein eingelegt hatte.

Tabelle 4-4: Entscheidgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Merkmale	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Kontra-Motive				
Schlecht für die Wirtschaft	17	87	26	128
Praktikabilität, Umsetzbarkeit	15	75	22	109
Zu extrem	9	46	11	53
Empfehlungen	14	70	18	89
Konsumentenbevormundung	9	43	14	68
Schweiz tut genug	8	41	10	51
Schweiz alleine kann Welt nicht retten	3	15	6	31
Weiterer Umweltbezug	3	13	5	23
Allgemeines	8	41	12	62
Anderes	3	15	4	21
Verwechslung	<1	1	<1	2
Weiss nicht/ keine Antwort	10	51	10	51
Total	100	498	138	688

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

[22] Wo nicht ausdrücklich anders vermerkt, beziehen sich die Motivanteile stets auf die Erstnennungen.

[23] Die Grenzen zu jenen, die ganz offen äusserten, die Initiative sei zu radikal, sind selbstredend fliessend. Gerade beim Umweltschutz ist stets auch mit dem Effekt der sozialen Erwünschtheit zu rechnen. Gleichwohl haben wir diese beiden Aussagetypen voneinander unterschieden.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden für jede Vorlage jeweils auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4.5).

Ein erster Blick auf die Zustimmungswerte von Pro- und Kontra-Argumenten zeigt, dass die Initiative auf grosse Sympathien stiess. Alle drei hier abgefragten Pro-Argumente erhielten die Unterstützung von etwa zwei Dritteln aller Stimmenden. Aber offensichtlich wogen Kontra-Argumente schwerer oder man hielt die Forderungen der Initiative zwar für wünschenswert, aber utopisch.

Das erste Argument, wonach den umweltschonenden Technologien die Zukunft gehöre und die Initiative die Schweiz dafür fit mache, hob – aus der Sicht der Befürworterschaft – den ewigen Widerspruch zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum auf: Beides ist gleichzeitig möglich, lautete die Kernbotschaft des «Clean Tech»-Arguments. In der Tat stimmte eine klare Mehrheit (65%) dieser Aussage zu. Warum wurde die Initiative trotzdem abgelehnt? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass dieses Argument *zukünftige* positive Wirtschaftseffekte in Aussicht stellt, die der eine oder andere möglicherweise nicht *abwarten* möchte. Sodann geben die Motivnennungen derjenigen «Clean Tech-Befürwortenden», die am Ende ein Nein einlegten, nur bedingt eine Antwort auf die obige Frage: Auffallend viele befolgten Empfehlungen von Parteien und Verbänden (17%) oder zweifelten an der Umsetzung der Initiative (17%). Gleichzeitig gab es aber unter den Clean Tech-Befürwortenden auch solche, die das Begehren aus *wirtschaftlichen* Gründen ablehnten (15%). Dies erscheint widersprüchlich. Das muss jedoch nicht zwingend so sein. Möglicherweise waren diese Stimmenden der Ansicht, dass die Initiative einer bestimmten wirtschaftlichen Sparte Segnungen bringe, von denen sie persönlich aber nicht profitieren würden.

Der Sprachengraben zwischen der Deutschschweiz und der Romandie erstaunte bereits am Abstimmungssonntag die politischen Beobachter. Die Analyse des Stimmverhaltens nach sozialen und politischen Merkmalen sowie nach Werthaltungen hat gezeigt, dass dies nicht mit einem generell höheren Stellenwert des Umweltschutzes in der Romandie erklärt werden kann. Der Grund für den Sprachengraben lag vermutlich woanders: Schon die Motivnennungen haben gezeigt, dass wirtschaftlicher Schaden in der Deutschschweiz viel eher befürchtet wurde als in der Romandie. Die Analyse der Argumente bestätigt nun diesen Befund. Denn es gab ein Argument, bei welchem sich Stimmende aus den beiden Sprachregionen besonders stark unterschieden: Dasjenige, wonach den umweltschonenden Technologien die Zukunft gehöre und die Initiative die Schweiz dafür fit mache. Diese Botschaft wurde in der Romandie von 81 Prozent der Stimmenden unterstützt, während der Anteil in der Deutschschweiz bei lediglich 59 Prozent lag. Insgesamt, so die Schlussfolgerung, scheint die Initiative in der Romandie weniger mit negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz verbunden worden zu sein als in der Deutschschweiz. Ganz im Gegenteil gab es in der Romandie eine nicht unerhebliche Zahl Stimmender, die sich von der Initiative *positive* wirtschaftliche Konsequenzen für die nahe Zukunft versprachen.

Das zweite abgefragte Pro-Argument zielte auf den Konflikt zwischen Marktregulierung und freiem Wettbewerb. Die Initiative sei nötig, damit die Wirtschaft einen grösseren Beitrag zum Umweltschutz leiste, lautete dieses Argument. Damit zeigten sich 64 Prozent der Stimmenden einverstanden. Bei den Initiativbefürwortenden waren es 95 Prozent, bei den Ablehnenden immerhin noch 47 Prozent. Aufschlussreich ist allerdings der Umstand, dass selbst 57 Prozent derjenigen, die keine bzw. weniger Staatseingriffe in den Markt fordern, die Wirtschaft zu mehr Umweltschutz verpflichten wollen.

Auch das dritte abgefragte Pro-Argument erhielt eine deutliche Mehrheit. 64 Prozent zeigten sich damit einverstanden, dass die Initiative die Unternehmen dazu zwinge, langlebigere Produkte herzustellen, wovon am Ende der Konsument und die Konsumentin profitieren würden. Wie die Motivanalyse bereits zeigte, hatte dieses Argument jedoch wenig Einfluss auf den Stimmentscheid. Kaum jemand nannte es spontan als Beweggrund für die Zustimmung zum Begehren.

Kontrovers und intensiv wurde im Abstimmungskampf darüber diskutiert, ob die Initiative der Wirtschaft schade. Diese Diskussion ist bei allen Initiativen – seien es solche, die aus dem linken Lager kommen und schärfere Umweltschutzmassnahmen fordern oder solche, die aus dem rechten Lager stammen und Zuwanderungsbeschränkungen zum Ziel haben – typisch. Und oft scheitern Initiativen in der Folge auch daran, dass die Stimmenden bei einer Annahme negative oder zumindest unsichere ökonomische Konsequenzen erwarten. Auch bei der vorliegenden Initiative war das Wirtschaftsargument – die Initiative schade mit ihren Verboten und Vorschriften dem Werkplatz Schweiz – eines der entscheidenden Argumente für die Ablehnung. 73 Prozent der Nein-Stimmenden befürchteten einen wirtschaftlichen Schaden bei einer Annahme des Begehrens.[24] Das reichte oftmals aus, um trotz grundsätzlicher Sympathien für das Begehren, ein Nein einzulegen. Das ist beispielsweise daran erkennbar, dass diejenigen, die zwar mit einem der drei Pro-Argumente einverstanden sind, sich gleichzeitig aber auch Sorgen machen um den Werkplatz Schweiz, letztlich mit grosser Mehrheit (zwischen 71% und 74%) Nein stimmten. Kurz: Viele hatten Sympathien für die Initiative, aber sie kostete ihnen offenbar zu viel.

Das Argument, wonach die Initiative die Bürger bevormunde und Zwang ausübe, hatte keinen allzu starken Einfluss auf den Entscheid. Das liegt zum einen daran, dass auch viele Ja-Stimmende diesem Statement beipflichteten (42%), aber darin – aus ihrer Perspektive – nichts Verkehrtes sahen. Darauf deutet etwa der Befund hin, dass diese Gruppe von Ja-Stimmenden den Umweltschutz nochmals stärker gewichtete als es die restlichen Ja-Stimmenden ohnehin schon tun. Deshalb ist die Vermutung nicht abwegig, dass diese Gruppe bereit ist, zugunsten von mehr Umweltschutz auch ein gewisses Ausmass an staatlichem Zwang in Kauf nehmen. Die Nein-Stimmenden waren ebenfalls nicht übermassig von diesem Kontra-Argument überzeugt. Lediglich 60 Prozent glaubten, dass das Begehren ihnen einen Lebensstil aufzwinge, den sie nicht wollen.

Für den Entscheid bedeutsamer war hingegen die Befürchtung, dass Produkte teurer würden. 73 Prozent der Nein-Stimmenden teilten diese Befürchtung ebenso wie eine Mehrheit der Ja-Stimmenden (55%). Letztere waren aber offensichtlich bereit, für umweltgerechtere Produkte auch mehr Geld auszugeben. Diese Bereitschaft, mehr Geld auszugeben, hatte zudem nur wenig mit dem Einkommensniveau zu tun: Diejenigen, die sich höhere Preise aufgrund ihres Einkommens auch eher «leisten» können, stimmten dem Argument nicht viel öfter zu als solche aus tieferen Einkommensschichten. Einstellungen waren wichtiger als die materielle Lebenssituation.

[24] Überprüft man den Einfluss aller Argumente auf den Stimmentscheid multivariat – das heisst in einem logistischen Regressionsmodell – so erweist sich das Wirtschaftlichkeitsargument als das effektstärkste aller Kontra-Argumente.

Tabelle 4-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-standen	Weiss nicht
Den umweltschonenden Technologien gehört die Zukunft. Und die Initiative macht die Schweiz fit dafür.	Total	65	30	5
	Ja-Stimmende	94	5	2
	Nein-Stimmende	49	44	8
Die Initiative ist wichtig, damit die Wirtschaft einen grösseren Beitrag zum Umweltschutz leistet.	Total	64	32	3
	Ja-Stimmende	95	4	<1
	Nein-Stimmende	47	48	5
Die Initiative zwingt die Unternehmen, langlebigere Produkte herzustellen. Davon profitiert der Konsument.	Total	64	31	5
	Ja-Stimmende	90	7	2
	Nein-Stimmende	50	44	6
Kontra-Argumente		**Einverstanden**	**Nicht einver-standen**	**Weiss nicht**
Die Initiative bringt neue Vorschriften und Verbote, die dem Wettbewerb und damit dem Werkplatz Schweiz schaden.	Total	55	39	6
	Ja-Stimmende	22	73	5
	Nein-Stimmende	73	20	6
Die Initiative bevormundet die Bürger. Sie zwingt sie, ihren Lebensstil zu ändern.	Total	53	42	5
	Ja-Stimmende	42	56	2
	Nein-Stimmende	60	33	7
Wird die Initiative angenommen, werden viele Produkte teurer.	Total	66	26	8
	Ja-Stimmende	55	39	6
	Nein-Stimmende	73	19	9

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Lesebeispiel zum letzten Argument: 66 % aller Stimmenden (sowie 55 % aller Ja-Stimmenden bzw. 73 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Kontra-Argument, wonach bei Annahme der Initiative die Produkte teurer werden, bei. 26 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 8 % antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent.

5. Initiative «AHVplus: für eine starke AHV»

Die Ausgangslage

Die Ende 2013 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) eingereichte Volksinitiative forderte eine Erhöhung aller laufenden und künftigen Altersrenten um 10 Prozent. Damit, so das Initiativkomitee, sollen die Renten der Lohnentwicklung angepasst werden und gleichzeitig würde der Verfassungsauftrag, wonach die Renten der ersten Säule den Existenzbedarf der Rentenempfängerinnen und -empfängern angemessen decken sollen, erfüllt. Bundesrat und Parlament bezweifelten insbesondere die Finanzierung dieser Rentenerhöhung und lehnten das Begehren in der Folge ab. Im Abstimmungskampf standen sich die Gewerkschaften und linke Parteien auf der einen und die restlichen Parteien sowie die Wirtschaftsverbände auf der anderen Seite gegenüber.

Der Stimmentscheid

Im Vorfeld der Abstimmung wurde ein tiefer Generationengraben beim Entscheid vermutet. Zwar öffnete sich ein solcher Graben zwischen Jung und Alt, aber er war bei Weitem nicht so tief wie befürchtet.[25] Das lag primär am ausgeglichenen Votum der Seniorinnen und Senioren. Obwohl sie persönlich von der Vorlage unmittelbar (bzw. in naher Zukunft) hätten profitieren können, legten beispielsweise die 60-69-Jährigen nur etwa zur Hälfte (54%) ein Ja in die Urnen. Bei den über 70-Jährigen fällt die Zustimmungsrate gar auf 40 Prozent – und damit in etwa auf das Niveau des Ja-Anteils der 40-59-Jährigen. Demnach hätte es das deutliche Verdikt der jungen Stimmenden (18-29-Jährige: 76% Nein-Anteil)[26] nicht gebraucht, um die Vorlage an der Urne scheitern zu lassen. Zur gleichen Schlussfolgerung gelangt man, wenn das Stimmverhalten der AHV-Rentnerinnen und -Rentner mit demjenigen der restlichen Stimmenden verglichen wird: Aktuelle AHV-Bezügerinnen und -Bezüger verwarfen die Vorlage knapp (54%), die restlichen Stimmenden etwas deutlicher mit 63 Prozent. Von einem «Generationenkonflikt» oder gar «-krieg», wie es zuweilen überspitzt hiess, kann also keine Rede sein.

Das Begehren enthielt eine einfache materielle Forderung. In solchen Fällen spielen Nutzenkalküle üblicherweise eine zentrale Rolle. Tatsächlich ist ein Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und dem «AHVplus»-Entscheid zu erkennen, er ist aber nicht sonderlich stark. Zudem ist der Effekt des nach Haushaltsgrösse bereinigten Einkommens auf das Stimmverhalten nicht linear, sondern kurvilinear: Für tiefe Einkommen – häufig junge Stimmende in Ausbildung oder Lehre – beträgt die Zustimmungsrate etwas über 40 Prozent. Danach steigt der Ja-Anteil bei der nächsthöheren Einkommensklasse auf über 50 Prozent, um anschliessend – mit weiter steigendem Einkommen – wieder zu fallen. Nur noch etwa ein Drittel des einkommensstärksten Viertels der Stimmenden hiess das Begehren gut. Das Einkommen hatte demnach einen Effekt auf das Verhalten an der Urne, aber angesichts der eher verhaltenen Differenzen zwischen den Einkommensklassen kann auch von einem «ökonomischen Konflikt» keine Rede sein.

Männer nahmen die Vorlage zudem stärker (45%) an als Frauen (36%). Diese Differenz hat nicht mit unterschiedlichen Werthaltungen zu tun. Der Effekt des Geschlechts auf das Stimmverhalten bleibt signifikant, selbst wenn man für den Einfluss weiterer Bestimmungsgründe wie Werthaltungen kontrolliert.

---

[25] Das Assoziationsmass Cramérs V beträgt für den Zusammenhang zwischen Alter und Stimmentscheid .15, was bestenfalls als «mittelstark» eingestuft werden kann.

[26] In unserer Stichprobe lehnten die 18-29-Jährigen die Vorlage am deutlichsten ab (mit 76% Nein). Zu berücksichtigen ist jedoch folgendes: Der entsprechende Stichprobenfehler beläuft sich auf 8.9 Prozentpunkte. Aufgrund dieses nicht unerheblichen Stichprobenfehlers wurde in der Tabelle 5.1 der Ja-Stimmenanteil der Altersgruppe der 18-39-Jährigen ausgewiesen.

Tabelle 5-1: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	40.5	1001	
Geschlecht			**V = .09***
Mann	45	489	+/-4.4
Frau	36	512	+/-4.2
Alter			**V=.15*****
18 bis 39 Jahre	33	157	+/-7.4
40 bis 49 Jahre	37	143	+/-7.9
50 bis 59 Jahre	37	207	+/-6.6
60 bis 69 Jahre	54	209	+/-6.8
70 Jahre und älter	40	285	+/-5.7
Aktuelle Beschäftigungssituation			**V = .08***
Rentner/in AHV	46	380	+/-5.0
Andere	37	621	+/-3.8
Äquivalenzeinkommen[27]			**V = .16*****
1. Quartil (<3'200 CHF)	42	192	+/-7.0
2. Quartil (3'200 – 4'599 CHF)	54	225	+/-6.5
3. Quartil (4'600 – 6'300 CHF)	40	211	+/-6.6
4. Quartil (>6'300 CHF)	34	240	+/-6.0

Einkommens- und Altersunterschiede spielten wie oben gezeigt eine gewisse Rolle, politische Haltungen jedoch waren wichtiger für den Entscheid. Allen voran die Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Linksaussen stimmten beinahe acht von zehn Teilnehmenden (78%) zugunsten des Begehrens. Im gemässigt-linken Lager waren es immerhin noch etwa sechs von zehn Stimmenden (57%). Rechts der Mitte jedoch verfehlte die Initiative die Mehrheit klar. Ein naturgemäss ähnliches Bild zeigt sich beim Stimmverhalten nach Parteiaffinität: SP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten sowie Grüne unterstützten die Initiative mehrheitlich (71% bzw. 62%), während die bürgerlichen Parteianhängerschaften die Initiative grossmehrheitlich verwarfen. Dabei stechen zwei Aspekte besonders heraus: Nicht zum ersten Mal hielt sich eine nicht unerhebliche Zahl der SP-Anhängerschaft bei einer sozialpolitischen Initiative aus dem eigenen Lager nicht an die Parole der Partei. Etwa jede/r dritte SP-Sympathisant/in (29%) wich bei diesem Kernthema der Linken von der Empfehlung der eigenen Partei ab.[28] Innerhalb der drei grossen Parteien rechts der Mitte hingegen war es – ebenfalls zum wiederholten Male – die SVP-Anhängerschaft, die dem linken sozialpolitischen Begehren die grössten Sympathien entgegenbrachte. Auch bei der SVP wich rund ein Drittel der Anhängerschaft (34%) von der Parteilinie ab und legte ein Ja in die Stimmurnen.

[27] Zur Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens haben wir die pauschale Quadratwurzelskalierung der OECD verwendet (Haushaltseinkommen bzw. der abgefragten Mittelwert der Messwertklassen dividiert durch die gerundete Quadratwurzel der Haushaltsgrösse). Daraus wurden anschliessend vier Einkommensquartile gebildet. Spearmans Rangkorrelationskoeffizient zwischen dem reskalierten Nettoäquivalenzeinkommen und den ursprünglichen Messwerten (Haushaltseinkommen) beträgt hohe .86.

[28] Das liegt im Übrigen nicht daran, dass SP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten überdurchschnittlich häufig leer einlegten. Von den insgesamt 203 teilnehmenden Befragten, die eine SP-Affinität angaben, legten gemäss eigenem Bekunden lediglich vier leer ein und weitere vier wussten nicht mehr, wie sie abgestimmt hatten bzw. verweigerten eine Antwort.

Ordnungspolitische Ansichten spielten ebenfalls eine bedeutsame Rolle: Wer sich für mehr Staatseingriffe in wirtschaftliche Belange ausspricht, nahm die Initiative zu 66 Prozent an, während letztere bei den Wettbewerbs-Befürwortenden beinahe den Differenzwert (32%) erzielte. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen der Haltung zum Sozialstaat und dem Stimmentscheid. Etwa die Hälfte (49%) derer, die für einen stark ausgebauten Schweizer Sozialstaat einstehen, lehnte die 10-prozentige Erhöhung der Renten trotzdem ab.

Die Bedeutungswahrnehmung der Vorlage korrelierte ebenfalls stark mit dem Entscheid. Wer der Rentenerhöhung keine allzu hohe Bedeutung zumass, lehnte sie klar ab (93% Nein-Anteil), während solche, welche die Sachfrage für sehr wichtig hielten, mehrheitlich Ja stimmten (60% Ja-Anteil). Allerdings ist hierbei nur schwer zu sagen, in welche Richtung die Kausalität verläuft. Denn Bedeutungswahrnehmung und Stimmentscheid korrelieren meist miteinander, wenn auch selten so stark wie im vorliegenden Fall. Das hat damit zu tun, dass die Befürwortenden (und stärker noch die Verfechter) eines Anliegens dieses naturgemäss auch als wichtig einstufen. Auf jeden Fall aber sind die Effekte der Bedeutungswahrnehmung und des Alters unabhängig voneinander, wie multivariate Tests zeigen. Es waren demnach nicht primär die Direktbetroffenen (AHV-Bezügerinnen und -Bezüger), welche die Vorlage für wichtig einstuften und sie in der Folge auch annahmen.

Tabelle 5-2: Stimmverhalten nach kognitiven und politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	40.5	1001	
Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V = .31*** **
Linksaussen (0-2)	78	69	+/-9.8
Links (3,4)	57	198	+/-6.9
Mitte (5)	36	334	+/-5.1
Rechts (6,7)	26	231	+/-8.3
Rechtsaussen (8-10)	31	119	+/-5.2
Parteisympathie			**V = .38*** **
FDP	18	211	+/-5.2
CVP	26	104	+/-8.4
SP	71	195	+/-6.4
SVP	34	157	+/-7.4
GLP	28	42	+/-13.6
Grüne	62	58	+/-12.5
andere Parteien	40	77	+/-10.9
keine	48	157	+/-7.8
Bedeutung Vorlage (0-10)			**V = .38*** **
sehr gering/gering (0-4)	7	137	+/-4.3
mittel (5)	16	104	+/-7.1
hoch (6-8)	44	453	+/-4.6
sehr hoch (9,10)	60	302	+/-5.5

Werthaltung: stark vs. gering ausgebauter Sozialstaat			**V = .23*** **
stark ausgebauter Sozialstaat	51	563	+/-4.1
gemischte Werthaltungen	28	311	+/-5.0
gering ausgebauter Sozialstaat	31	107	+/-8.8
Werthaltung: Staatseingriffe vs. Wettbewerb			**V = .24*** **
mehr Staatseingriffe	66	173	+/-7.1
gemischte Werthaltungen	37	379	+/-4.9
mehr Wettbewerb	32	383	+/-4.7

Die Motive

29 Prozent der Ja-Stimmenden nannten als wichtigstes Motiv die Notwendigkeit einer Rentenanpassung bzw. –erhöhung. Die Nennung dieses Motivs war zudem nicht altersabhängig. Ja-Stimmende aus allen Alterskohorten nannten es in vergleichbarem Ausmass. Weiter spielte das Einkommen für die Nennhäufigkeit zwar eine gewisse, aber keine überragende Rolle. Und ausserdem nicht in der Richtung, die man a priori vermuten würde: Die Notwendigkeit einer Rentenanpassung wurde von den gut verdienenden Ja-Stimmenden häufiger genannt als von den einkommensschwachen Befürwortenden.

Einer Massnahme mit ökonomischer Auswirkung wird oft zugestimmt, wenn sie dem einzelnen Entscheidungsträger auch nützt. Deshalb kann es nicht überraschen, dass 17 Prozent angaben, sich von der Vorlage einen persönlichen (monetären) Nutzen zu erhoffen – für Rentnerinnen und Rentner war dieser Nutzen unmittelbar und für solche, die noch nicht im Pensionsalter sind, liegt er in der Zukunft. In der Tat wurde dieses Argument *keineswegs nur* von den Direktbetroffenen (aktuelle AHV-Bezügerinnen und -Bezüger) genannt, sondern auch von (derzeit) Erwerbstätigen oder jungen Stimmberechtigten. Stellvertretend dafür steht die Aussage eines Befragten, der angab, er stehe sechs Jahre vor der Pensionierung und hoffe (dereinst) von einer starken AHV zu profitieren. Dieses (und andere, ähnliche) Motive zeigen, dass die Tiefe des Generationengrabens auch davon abhängig ist, inwieweit den Prognosen zur demographischen Entwicklung und den damit verbundenen Rentenmodellen *Glauben geschenkt wird*: Der oben genannte Befragte ist offenbar von der mittelfristigen finanziellen Sicherung der AHV überzeugt und stimmte deshalb auch Ja.

Fliessend ist der Übergang zu jenen Befürwortenden, die aus Solidarität zu Rentnerinnen und Rentnern, aber auch zu zukünftigen Generationen Ja einlegten. 13 Prozent bezogen ihr Motiv darauf.[29] Weitere 17 Prozent waren – aus unterschiedlichen Gründen – der Ansicht, die AHV sei die sicherste bzw. preisgünstigste Altersvorsorge und verdiene deshalb eine Stärkung. Vier Prozent argumentierten defensiv, in dem Sinne, dass die Erhöhung durchaus finanzierbar sei. Damit gingen sie gewissermassen prophylaktisch auf die Argumente der Gegnerschaft ein.

[29] Von welcher Art diese Solidarität war, ist nicht immer einwandfrei zu bestimmen. Unmissverständlich sind Aussagen wie «aus Solidarität mit den Alten». Hingegen ist bei der Aussage «Die Alten haben wenig Geld, man sollte ihnen helfen» nicht klar, ob sich dieses Statement allenfalls auch auf die *eigene* Person bezieht oder ob eine Person, die selbst im Rentenalter ist, damit *andere Pensionäre/Pensionärinnen* meinte, denen es *materiell möglicherweise nicht so gut geht wie ihr selbst*.

Tabelle 5-3: Entscheidgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Merkmale	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Ja- Motive				
Rentenanpassung nötig	29	93	44	145
Persönlicher Nutzen/ Betroffenheit	17	55	23	74
Pro-AHV (sicherste Vorsorge, etc.)	17	54	25	81
Solidarität zu Rentnerinnen und Rentnern/zukünftige Generationen	13	42	20	65
Allgemeines	10	31	16	51
Finanzierung möglich	4	13	8	27
Anderes	4	13	7	22
Empfehlungen	2	5	3	10
Verwechslungen	3	9	4	12
Weiss nicht/ keine Antwort	3	9	3	9
Total	100	324	153	496

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Die Rentenerhöhung scheiterte im Wesentlichen, weil man sie für nicht finanzierbar hielt. 47 Prozent aller Ablehnenden nannten dieses Motiv spontan als erstes und insgesamt 60 Prozent nahmen darauf in der Erst- oder Zweitnennung Bezug. Genannt wurde es vornehmlich von Stimmenden, die sich rechts der Mitte einstufen. Die bürgerlichen Gegenargumente erreichten somit ihre Wählerschaften. Weitere 14 Prozent waren der Ansicht, es nütze jenen nicht, die am ehesten darauf angewiesen wären. Die Nennhäufigkeit dieses Motivs war kaum vom Einkommensniveau abhängig, aber von der Parteiaffinität: Denn anteilsmässig wurde es von der SP-Anhängerschaft am häufigsten genannt. Zwar legten nicht sonderlich viele von ihnen ein Nein ein. Wer es aber tat, zweifelte weniger die Finanzierbarkeit an, sondern vielmehr den Umstand, dass diese Erhöhung auch den «Richtigen» zugutekäme.

Elf Prozent verwarfen die Initiative, weil sie den geforderten Lastenausgleich (zumeist zwischen Jung und Alt) für unfair hielten. Dabei ist verblüffend, dass die Nennhäufigkeit mit steigendem Alter nicht etwa abnimmt, sondern in der Tendenz zunimmt. Anteilsmässig am häufigsten wurde es von den über 75-Jährigen genannt. Die Aussage einer 64-jährigen Nein-Stimmenden, wonach sie ihren Kindern und Enkeln keine Schulden hinterlassen möchte, ist diesbezüglich beileibe kein Einzelfall. Der Altersgraben fiel aufgrund solcher Motive weniger tief aus als viele im Vorfeld möglicherweise annahmen. Weitere sieben Prozent widersprachen der Ansicht, eine Rentenerhöhung sei nötig. Sie waren der Ansicht, Rentnerinnen und Rentner hätten genügend Reserven oder andere Vorsorgeunterstützungen.

Tabelle 5-4: Entscheidgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Merkmale	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Kontra-Motive				
Finanzierbarkeit/Wirtschaftlichkeit	47	243	60	308
davon: Rentenerhöhung nicht finanzierbar	*30*	*155*	*37*	*192*
davon: Finanzloch/langfristige F. nicht gesichert	*13*	*65*	*20*	*106*
Nützt den Falschen	14	71	25	130
Belastet die Jugend/unfairer Lastenausgleich	11	57	17	87
Allgemeine Aussagen	7	39	10	50
Unnötig («Es gibt noch zweite Säule», «Ergänzungsleistungen»)	7	36	11	59
Empfehlungen	5	28	8	39
Anderes	2	11	3	16
Altersvorsorge 2020	2	12	5	24
Verwechslungen	1	3	1	3
Weiss nicht/ keine Antwort	3	18	3	18
Total	**100**	**518**	**143**	**734**

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Ein erster Blick auf die Zustimmungswerte der Argumente verblüfft: Die beiden Argumente mit den höchsten Akzeptanzwerten waren Argumente des unterlegenen Lagers. Dafür gibt es grundsätzlich zwei Erklärungen: Entweder sahen die Stimmenden nicht ein, was diese Argumente mit dem Stimmentscheid zu tun hatten oder sie gewichteten die Kontra-Argumente in einem Abwägungsprozess ungleich stärker als die (ebenfalls überzeugenden) Pro-Argumente. Eine detailliertere Analyse der einzelnen Argumente soll darüber Aufschluss geben:

Beinahe ein Konsens herrscht darüber, dass die AHV die sicherste Altersvorsorge sei und deshalb gegenüber der 2. Säule gestärkt werden müsse. 76 Prozent der Stimmenden pflichteten dieser Aussage bei. Bei den Ja-Stimmenden waren es gar 90 Prozent und selbst zwei Drittel der Nein-Stimmenden stellen dies nicht in Abrede.

Eine der Hauptforderungen der Befürworterschaft lautete, dass eine Anpassung der Renten wegen gestiegener Mieten und Lebenshaltungskosten notwendig sei. Auch dieses Argument stiess auf grossen Anklang: Fast sieben von zehn Stimmenden stimmten diesem Statement zu, bei den Ja-Stimmenden waren es gar 93 Prozent. Dabei variieren die Akzeptanzwerte zwischen den Alterskohorten nicht sonderlich stark. In unserer Stichprobe unterschieden sich die jüngste (64%) und älteste Altersgruppe (73%) zu rund 10 Prozentpunkten. Auch die aktuell Direktbetroffenen – die AHV-Rentnerinnen und -Rentner – schätzten die Notwendigkeit von Rentenerhöhung und damit indirekt

ihre Lebenssituation nicht merklich anders (73%) ein als der Rest (67%). Zuletzt schlug sich auch das Einkommen nicht entscheidend auf das Anpassungsargument nieder. Kurz, das Argument erhielt breite Unterstützung. Wenn aber eine Rentenanpassung von einer Mehrheit als nötig empfunden wird, weshalb wird sie gleichwohl mehrheitlich abgelehnt? Zwecks Beantwortung dieser Frage werfen wir einen Blick auf die Motive derer, die dem Rentenerhöhungsargument zustimmten, die Vorlage aber trotzdem ablehnten: 42 Prozent von ihnen sagten, die Rentenerhöhung sei nicht finanzierbar. Weitere 16 Prozent bezweifelten, dass die Rentenerhöhung jenen zugutekäme, die sie nötig hätten, und 10 Prozent sahen darin keinen persönlichen Nutzen.

Da Frauen überdurchschnittlich oft nur über die AHV-Rente verfügten, würden sie in besonderem Masse von der Initiative profitieren, lautete ein weiteres Argument der Befürworterschaft. Es entwickelte deutlich weniger Überzeugungskraft als die ersten beiden Pro-Argumente, was sich unter anderem auch darin zeigt, dass der Anteil «Weiss nicht»-Antworten vergleichsweise hoch war. Das Argument selbst wurde von Männern stärker bejaht (49%) als von Frauen (40%). Nun sagt diese Nutzenzuschreibung noch nichts darüber aus, wie man am Ende stimmte. Sahen Männer Frauen als hauptsächliche Nutzniesser dieser Initiative und *verwehrten* ihr deshalb die Zustimmung oder legten sie *aus Solidarität* ein Ja in die Urnen? Eine nach Geschlecht getrennte Auswertung zeigt, dass Männer, die sich mit diesem Argument einverstanden zeigten, etwas häufiger Ja stimmten (51%) als Frauen (45%), die dem Argument zustimmten. In der Tendenz wog demnach die Solidarität stärker als die Nutzenkalküle.

Dem Kontra-Argument, wonach von einer Pauschalerhöhung der Renten am Ende diejenigen profitieren würden, die darauf nicht angewiesen wären, stimmte die Hälfte der Stimmenden zu. Mit den «falschen» Nutzniessern waren primär die höheren Einkommensklassen gemeint. Diese (46% Zustimmung) unterschieden sich indessen bei der Beurteilung dieses Statements nicht wesentlich von Stimmenden mit tiefem Einkommen (55%). Auch hier unterscheidet sich die Bewertung vielmehr nach ideologischer Ausrichtung: Linksaussen schenkte man dem Argument deutlich weniger Glauben (58% Ablehnung) als rechtsaussen (37% Ablehnung).

Das bedeutsamste Argument gegen die Initiative war die Finanzierbarkeit. Dieses Kontra-Argument hatte insgesamt zwar einen geringeren Akzeptanzwert (57%) als die ersten beiden hier vorgestellten Pro-Argumente (69% bzw. 76%), aber es hatte eine wesentlich höhere Trennfunktion: Das heisst: Wer diesem Argument zustimmte, lehnte die Vorlage in der Folge auch mit hoher Wahrscheinlichkeit ab, während solche, die dem Argument widersprachen, anschliessend auch oft ein Ja einlegten. Die Verhaltensrelevanz des Arguments ist zudem auch daran erkennbar, dass beinahe acht von zehn Nein-Stimmenden (79%) die Finanzierbarkeit anzweifelten, während es bei den Ja-Stimmenden gerade einmal 24 Prozent waren. Im Speziellen interessiert, wie sich diejenigen entschieden haben, die *auf der einen Seite* dem Hauptargument der Befürworterschaft (Aufstockung der Renten ist aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten notwendig) *zustimmten*, *gleichzeitig* aber auch die Finanzierbarkeit dieser Massnahme anzweifelten – und demnach einem der Hauptargumente der Gegnerschaft beipflichteten. Diese Stimmenden legten zu 71 Prozent ein Nein in die Urnen. Und ihrer waren nicht wenige: In unserer Stichprobe machten diese ambivalent eingestellten Stimmenden gut einen Drittel (32%) aller materiell Stimmenden aus. Kurz, viele Stimmende hatten durchaus Sympathien für die Initiative; sie teilten vielfach gar das Hauptargument der Befürwortenden, wonach eine Anpassung endlich nötig sei. Aber sie schenkten der Zusicherung der Befürwortenden, wonach diese Rentenerhöhung finanzierbar sei, am Ende weniger Glauben als den Warnungen der Gegnerschaft vor einer drohenden Finanzierungslücke bei der AHV. Am Ende war dies entscheidend.

Ein weiteres Argument zielte auf den Generationengraben: Von der Rentenerhöhung würden die Alten heute zwar profitieren, die Jungen hätten (später) jedoch nichts oder nur wenig davon. Eine Mehrheit der Stimmenden (57%) zeigte sich damit einverstanden, Nein-Stimmende naturgemäss stärker (74%) als Ja-Stimmende (32%). Jung und Alt unterschieden sich bei der Bewertung dieses Arguments ebenfalls, ohne dass diese Unterschiede jedoch drastisch ausgefallen wären. 18-39-Jährige

pflichteten dem Argument zu 63 Prozent bei, bei den 60-69-Jährigen ist die Akzeptanz mit 43 Prozent am tiefsten. Diese Senioren und Seniorinnen legten zudem – wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt – oftmals ein Nein in die Urnen. Kurz, der vielfach befürchtete Generationengraben klaffte deshalb nicht auf, weil insbesondere die älteren Stimmberechtigten keineswegs nur ihren eigenen materiellen Vorteil verfolgten, sondern offenbar auch das Wohlergehen nachfolgender Generationen im Sinn hatten.

Tabelle 5-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-standen	Weiss nicht
Eine Anpassung der Renten ist wegen der gestiegenen Mieten und Lebenshaltungskosten notwendig.	Total	69	29	3
	Ja-Stimmende	93	5	2
	Nein-Stimmende	52	45	3
Die AHV ist die sicherste Altersvorsorge und muss deshalb gegenüber den Pensionskassen gestärkt werden.	Total	76	22	3
	Ja-Stimmende	90	7	3
	Nein-Stimmende	66	32	2
Frauen profitieren in besonderem Masse von einer starken AHV.	Total	45	47	8
	Ja-Stimmende	54	39	8
	Nein-Stimmende	39	52	9
Kontra-Argumente		**Einverstanden**	**Nicht einver-standen**	**Weiss nicht**
Von einer pauschalen Rentenerhöhung um 10% profitieren Menschen mit tiefen Einkommen kaum.	Total	50	44	5
	Ja-Stimmende	37	58	5
	Nein-Stimmende	60	35	6
Eine Aufstockung aller Renten ist nicht finanzierbar.	Total	57	41	3
	Ja-Stimmende	24	72	4
	Nein-Stimmende	79	20	2
Eine Erhöhung aller laufenden Renten nützt vor allem den Alten. Die Jungen werden später wenig davon haben.	Total	57	37	6
	Ja-Stimmende	32	59	9
	Nein-Stimmende	74	22	4

Angegeben sind Zeilenprozente. Lesebeispiel zum letzten Argument: 57 % aller Stimmenden (32 % aller Ja-Stimmenden bzw. 74 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Kontra-Argument, wonach eine Erhöhung der Renten vor allem den Alten nütze, während die Jungen später davon wenig haben werden, bei. 37 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 6 % antworteten mit «Weiss nicht».

6. Nachrichtendienstgesetz

Die Ausgangslage

Das neue Nachrichtendienstgesetz (kurz: NDG) führt die zuvor in zwei gesonderten Erlassen enthaltenen Vorschriften für die Informationsbeschaffung im In- und im Ausland zusammen. Neu ist es dem Nachrichtendienst zwecks Informationsbeschaffung erlaubt, Mail- und Internetverkehr zu überwachen und verdeckte Software zum Zwecke des Abhörens oder Mitlesens von verschlüsselter Kommunikation zu installieren (sog. Staatstrojaner). Weiter darf er Wanzen und andere Überwachungsgeräte sowie Ortungsgeräte einsetzen und gegebenenfalls in in-, aber auch ausländische Computersysteme eindringen. Um die entsprechenden Massnahmen ergreifen zu können, muss indes zum einen eine konkrete Bedrohung und zum anderen eine entsprechende Genehmigung des Bundesverwaltungsgericht vorliegen, die zusätzlich einer Freigabe vom Vorsteher bzw. der Vorsteherin des Eidgenössischen Departments für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie vom Sicherheitsausschuss des Bundesrates bedarf.

Das Referendum dagegen ergriff ein hauptsächlich aus linken Protagonisten bestehendes «Bündnis gegen den Schnüffelstaat». Für eine Annahme sprachen sich die meisten Mitte- und Rechts-Parteien aus (die GLP beschloss eine Stimmfreigabe), während die linken Parteien – mit Ausnahme einiger kantonaler Sektionen – die Vorlage bekämpften. Während des Abstimmungskampfes stand die Behördenvorlage im Schatten der beiden anderen Sachfragen. Die Gesetzesrevision wurde vom Stimmvolk schliesslich mit 65.5 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Der Stimmentscheid

Zwar fiel das Ergebnis ziemlich klar aus, es öffneten sich überraschenderweise gleichwohl Konfliktgräben. Das Alter spielte beispielsweise eine gewichtige Rolle für den Entscheid. Unter den jungen Stimmenden war die Revision umstrittener als unter den älteren Stimmenden. In unserer Stichprobe verfehlte die Vorlage bei den 18-39-Jährigen gar eine Mehrheit,[30] während sie bei den über 69-Jährigen nur wenige Gegenstimmen auf sich vereinte (21% Nein-Anteil). Doch liegt hier tatsächlich ein Altersgraben vor oder ist es vielmehr einer zwischen *Digital Natives* und dem Rest der Gesellschaft? Zunächst: Beides schliesst sich nicht aus. Junge gaben signifikant häufiger an, sich im Internet über Politik zu informieren als ältere Stimmberechtigte.[31] Die Differenz im Stimmverhalten zwischen solchen, die sich primär offline und jenen, die sich primär online informieren, ist ausserdem ähnlich gross wie diejenige zwischen den Altersgruppen. Die Frage muss deshalb lauten: Welche der beiden Merkmale übte den stärkeren relativen[32] Einfluss auf das Verhalten aus? Diese Frage kann nur mit einer multivariaten Analyse beantwortet werden. Diese wiederum deutet darauf hin, dass das Alter von grösserer Bedeutung für den Entscheid war als die Internetnutzungsgewohnheiten. Mit anderen Worten: Junge Internetaffine tendierten stärker zum Nein als ältere Internetaffine.

[30] Unterteilt man die Altersgruppe der 18-39-Jährigen in zwei Gruppen (18-29- und 30-39-Jährige), so fällt die Ablehnung der jüngsten Stimmberechtigten noch deutlicher aus (60% Nein-Stimmen). Die Fallzahl für diese Altersgruppe (n=88) lässt den Stichprobenfehler jedoch auf rund 10 Prozentpunkte ansteigen, weshalb die obige Aussage zu den Mehrheitsverhältnissen lediglich als Tendenz interpretiert werden darf.

[31] Bei den 18-29-Jährigen ist der Anteil der mehrheitlichen Online-NutzerInnen und –Nutzer mit 27 Prozent drei Mal höher als im Durchschnitt (neun Prozent).

[32] Relativ meint in diesem Zusammenhang den Einfluss einer Variable unter der Konstanthaltung der jeweils anderen Variablen.

Tabelle 6-1: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	65	917	
Alter			**V=.22*** **
18 bis 39 Jahre	49	151	+/-8.0
40 bis 49 Jahre	65	137	+/-8.0
50 bis 59 Jahre	59	188	+/-7.0
60 bis 69 Jahre	69	190	+/-6.6
70 Jahre und älter	79	251	+/-5.0
Politische Informationsgewinnung Online vs. Offline			**V = .17*** **
Offline	70	87	+/-9.5
Beides	56	151	+/-7.9
Online	47	676	+/-3.8

Neben den soziodemographischen Bestimmungsgründen hatten auch politische und kognitive Merkmale einen Einfluss auf den Entscheid. Der ideologische Graben verlief dabei nicht zwischen Links und Rechts, wie angesichts der Parolenkonstellation hätte vermutet werden können, sondern vielmehr zwischen Linksaussen und dem Rest. Denn während nur ein Drittel derjenigen, die sich linksaussen einstufen, der Vorlage zustimmten, betrug der Ja-Anteil im gemässigt-linken Lager bereits 60 Prozent. Hingegen unterschied sich das Stimmverhalten der gemässigten Linken nicht mehr allzu gross vom Votum des Rechtsaussen-Lagers: Die Differenz betrug in unserer Stichprobe 14 Prozentpunkte zwischen den beiden Lagern. Die Aufschlüsslung des Stimmverhaltens nach Parteisympathie zeigt vor allem Unterschiede innerhalb des linken Lagers auf: Bei der SP-Anhängerschaft erzielte die Vorlage eine Mehrheit von 57 Prozent, während sie bei den Grünen abgelehnt wurde (61% Nein-Stimmen).

Um die im NDG verankerten, neuen Massnahmen ergreifen zu können, bedarf es unter anderem einer Freigabe vom Vorsteher bzw. der Vorsteherin des VBS sowie vom Sicherheitsausschuss des Bundesrats. Insofern ist zu erwarten, dass auch das Vertrauen darin, dass die Regierung massvoll mit dieser neuen Verantwortung umzugehen weiss, eine Rolle beim Entscheid gespielt hat. In der Tat haben dem Bundesrat vertrauende Stimmende die Vorlage mit deutlicher Mehrheit (72%) angenommen, während dem Bundesrat tendenziell Misstrauende[33] der Vorlage skeptischer gegenüberstanden (51% Ja-Anteil). Dieser Unterschied ist zudem nicht allein auf ideologische Differenzen zurückzuführen. Das NDG wurde, wie oben gezeigt, linksaussen klar abgelehnt. Dort ist man der Regierung gegenüber jedoch nicht misstrauischer als etwa am rechten Pol des politischen Spektrums. Regierungsmisstrauen ist kein Surrogat für die ideologische Selbsteinstufung, beide hatten *unabhängig*[34] voneinander Einfluss auf das Entscheidverhalten an der Urne.

Weiter unterschied sich offenbar auch die Meinungsbildung von Befürwortenden und Ablehnenden: Wem der Entscheid gemäss eigenem Bekunden leicht fiel, stimmte eher Ja (72%) als jene, denen der Entscheid schwer fiel (50%). Die genauen Ursachen dafür können bloss vermutet werden. Zwei unterschiedliche Begründungen sind denkbar: Ambivalenz, Zweifel oder auch geringe Informiertheit

[33] Die Zahl derer, die dem Bundesrat stark misstrauen, ist zu gering, um statistisch verlässliche Aussagen machen zu können. Als tendenziell Misstrauende wurden deshalb all diejenigen taxiert, die bei der Frage nach dem Vertrauen in den Bundesrat (Skala zwischen 0-10), dem selbigen einen Wert von fünf oder weniger zuwiesen.

[34] Dies ist u.a. auch daran erkennbar, dass der Einfluss beider Merkmale in einem multivariaten Modell hoch signifikant bleibt.

könnten dazu beigetragen haben, letztlich am Status Quo festzuhalten. Abwegig ist diese Vermutung nicht. Denn das Festhalten am Bewährten ist bekanntermassen eine Entscheidhilfe, auf die vor allem die Entscheidunsicheren zurückgreifen.[35] Sodann ist aber auch denkbar, dass für diejenigen, die sich von vornherein auf eine Verschärfung des NDG festlegten, kein Grund mehr bestand, sich weiter mit der komplexen Materie auseinanderzusetzen.[36]

Zuletzt hatten auch grundlegende Werthaltungen einen beträchtlichen Effekt auf das Stimmverhalten. Der Vergleich zwischen dem Stimmentscheid und der Haltung zur Armee verdeutlicht dies: Armeebefürworterinnen und -befürworter legten deutlich geschlossener (77 Prozent) ein Ja in die Urnen als die Armeegegnerinnen und -gegner, die stärkere Vorbehalte gegenüber dem NDG hatten (52% Nein-Stimmen).

Tabelle 6-2: Stimmverhalten nach kognitiven und politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	65	917	
Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V=.22*** **
Linksaussen (0-2)	33	63	+/-11.6
Links (3,4)	60	185	+/-7.1
Mitte (5)	68	293	+/-5.3
Rechts (6.7)	72	225	+/-5.9
Rechtsaussen (8-10)	74	111	+/-8.2
Parteisympathie			**V = .25*** **
FDP	75	194	+/-6.1
CVP	86	89	+/-7.2
SP	57	179	+/-7.3
SVP	73	149	+/-7.1
GLP	66	41	+/-14.5
Grüne	39	51	+/-13.4
andere Parteien	62	65	+/-11.8
keine	52	149	+/-8.0
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			**V = .16*** **
sehr gering bis mittel (0-5)	51	164	+/-7.6
hoch (6,7)	65	318	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	72	429	+/-4.2
Werthaltung: starke vs. keine Armee			**V = .25*** **
Starke Armee	77	399	+/-4.1
Gemischte Werthaltung	65	277	+/-5.6
Keine/schwache Armee	48	234	+/-6.4

[35] In der Tat haben diejenigen mit sehr geringem Vorlagenwissen die Revision deutlich abgelehnt (60% Nein-Anteil). Aufgrund der geringen Fallzahl (n=48) ist dieser Befund jedoch mit entsprechender Umsicht zu interpretieren.

[36] Zum einen besteht tatsächlich ein starker Zusammenhang zwischen der Entscheidschwierigkeit und dem Entscheidzeitpunkt. Wer sich spät entschied, hatte erheblich mehr Mühe (43% «eher schwer») zu einem Entscheid zu gelangen als solche, deren Votum schon von vornherein feststand (18%). Allerdings ist dies ein bekanntes Phänomen und sagt wenig über die Informiertheit aus. Denn Spätentscheider waren im Schnitt nicht besser, sondern eher schlechter über das NDG informiert als Frühentschiedene.

Entscheidungsschwierigkeit			**V = .22*** **
Eher leicht	72	637	+/-3.5
Eher schwer	50	269	+/-6.0

Die Motive

Der Entscheid zum neuen Nachrichtendienstgesetz stand unter dem Eindruck der gegenwärtigen (globalen) Sicherheitslage. 71 Prozent bezogen ihren Entscheid auf die aktuelle Sicherheitslage, sei es explizit (z.B. «Die Welt ist nicht mehr sicher») oder implizit, indem sie betonten, dass es auf jeden Fall ein *neues, verschärftes* Nachrichtendienstgesetz bräuchte. Daneben wurden nur noch wenige weitere Motive genannt. Am häufigsten wurde noch darauf hingewiesen, dass man von der Revision persönlich nichts zu befürchten habe (z.B. «Ich habe nichts zu verbergen») und demnach getrost zustimmen konnte. Weitere sieben Prozent gaben an, sich an eine Empfehlung gehalten zu haben.

Tabelle 6-3: Entscheidgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Merkmale	**Erstnennungen**		**Alle Nennungen**	
	in %	n	in %	N
Pro-Motive				
Sicherheits-/Bedrohungslage	71	401	80	456
Betrifft mich nicht/Habe nichts zu verbergen	11	61	18	102
Empfehlungen	7	42	10	57
Allgemeine Aussagen	5	27	6	34
Anderes	3	18	9	49
Weiss nicht	4	20	4	20
Total	**100**	**569**	**127**	**718**

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Wer das NDG ablehnte, tat dies primär (48% Erstnennungen), weil er bzw. sie es als einen zu starken, unverhältnismässigen Eingriff in die Privatsphäre oder die Grundrechte erachtete. Darunter zählten wir auch Stimmende, die eine «Neuauflage» des Fichenskandals befürchteten. Allerdings waren letztgenannte Bezugnahmen selten. 16 Prozent hielten die neu eingeführten Massnahmen für unnötig oder ineffektiv, das heisst, sie glaubten nicht, dass damit Terroranschläge effektiv verhindert werden könnten. Davon waren insbesondere die Internetaffinen überzeugt (37% Erstnennungen). Neun Prozent konnten nicht angeben, weshalb sie sich gegen die Vorlage entschieden hatten.

Tabelle 6-4: Entscheidgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Merkmale	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Kontra-Motive				
Verhältnismässigkeit (zu starker Eingriff in Privatsphäre/Grundrechte)	48	132	58	157
Gesetz ineffektiv/unnötig (z.B. auch «Verhindert keinen Terroranschlag»)	16	43	27	74
Generell gegen Überwachungsstaat	7	19	11	31
Allgemeines	7	19	8	23
Sicherheitslücken	5	14	8	21
Anderes	9	23	12	35
Weiss nicht	9	23	9	23
Total	**100**	**273**	**133**	**364**

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Das Abstimmungsresultat zeigt, dass das Nachrichtendienstgesetz in breiten Bevölkerungsschichten wenig umstritten war. Dies zeigt sich auch in der breiten Unterstützung der wichtigsten Pro-Argumente. Wenig umstritten ist die Forderung, dass die Schweiz im Kampf gegen den Terrorismus einen starken Nachrichtendienst brauche. 83 Prozent aller Stimmenden unterstützten diese Aussage. Bei den Ja-Stimmenden stimmten mit 97 Prozent fast alle dieser Aussage zu und selbst unter den Nein-Stimmenden ist eine Mehrheit (56%) grundsätzlich damit einverstanden. Im Umkehrschluss kann vermutet werden, dass das entsprechende Gegenargument, wonach auch ein mit neuen Mitteln ausgestatteter Nachrichtendienst gegen die neuen Gefahren des Terrorismus nicht viel ausrichten könne, selbst von vielen NDG-Ablehnenden bezweifelt wird.[37] Für viele Ja-Stimmende wiederum reichte dieses Argument aus, um der Vorlage zuzustimmen.

Die Bewertung des Arguments, wonach das neue NDG den Schweizer Nachrichtendienst von ausländischen Geheimdiensten weniger abhängig mache, spielte keine überragende Rolle beim Entscheid. In erster Linie deswegen, weil es ausserordentlich vielen Stimmenden schwer fiel, diese Aussage einordnen zu können. Etwa jeder Fünfte (21%) hatte zu diesem Statement keine Meinung. Anders verhielt es sich bei der fundamentalen Frage, ob man für mehr Sicherheit bereit sei, gewisse Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen. Zwei Drittel der Stimmenden beantworteten diese ganz grundsätzliche Frage mit einem Ja. Konsequenterweise stimmten diese Stimmenden selbst dann mehrheitlich Ja, wenn sie die Möglichkeit von Freiheitsbeschränkungen durch das NDG in Betracht zogen. Ein Beispiel: 72 Prozent jener, die zum einen glaubten, dass das NDG Massenüberwachungen ohne Verdachtsmomente mit sich brächte, aber zum anderen auch die Sicherheit als ein tendenziell höheres Gut als die Freiheit erachteten, stimmten am Ende zugunsten der Gesetzesrevision. Das Beispiel zeigt exemplarisch, dass die Stimmenden durchaus Vorbehalte gegen das neue NDG hatten, aber die Sicherheit oftmals höher bewerteten.

[37] Dieser Umkehrschluss folgt aus der Überlegung, dass man einen starken Nachrichtendienst wohl kaum fordern würde, wenn man der Ansicht ist, er könne gegen die neuen Gefahren ohnehin nichts ausrichten.

Die Notwendigkeit jeder Gesetzesrevision wird auch am Status quo – also dem Revisionsbedarf des bestehenden Gesetzes – gemessen. So lautete ein Argument der Gegnerschaft, dass die bestehenden Rechtsmittel ausreichen würden und eine Revision demnach gar nicht nötig sei. Erstaunlicherweise teilte die Hälfte der Stimmenden diese Ansicht. Zu diesen gehörten immerhin 32 Prozent der Ja-Stimmenden. Wenn aber ein bestehendes Gesetz genügt, wieso stimmt man trotzdem für eine Revision? Darauf lässt sich mit den vorhandenen Daten keine schlüssige Antwort geben. Die meisten dieser mit dem Status Quo grundsätzlich zufriedenen Ja-Stimmenden gaben die Sicherheitslage als Stimmmotiv an (63%) – demnach ähnlich oft wie alle anderen Ja-Stimmenden. Auffallend viele (12%) antworteten zudem auf die Frage nach den Stimmgründen, dass sie Empfehlungen befolgt hätten. Insgesamt brachten diese Stimmenden demnach ganz ähnliche Motive vor wie der Rest der Ja-Stimmenden. Welches die Ursachen für dieses auf den ersten Blick widersprüchliche Verhalten sind, bleibt unklar. Allenfalls sahen diese Stimmenden in der Revision eine Art *Gefahrenvorsorge*, die aktuell nicht zwingend nötig wäre, den Justizbehörden aber später die Möglichkeit gibt, effektive Antworten auf eventuell neue Bedrohungslagen zu finden.

Davon, dass das neue NDG auch Massenüberwachungen ohne klare Verdachtsmomente ermöglicht, war eine Mehrheit von 53 Prozent überzeugt. Zwischen Befürwortenden und Ablehnenden gibt es keinen allzu tiefen Graben, was die Beurteilung dieser Aussage anbelangt. Nein-Stimmende pflichteten der Aussage zu 68, Ja-Stimmende zu 45 Prozent zu.

Fundamental war der Einwand der Gegnerschaft, wonach das neue NDG mit den Grundrechten nicht vereinbar sei. Diesen Einwand stellte eine Mehrheit der Stimmenden (56%) in Abrede und weitere zwölf Prozent vermochten sich hierzu nicht zu positionieren. Von den Befürwortenden waren nur 16 Prozent damit einverstanden. Bei den Nein-Stimmenden waren es 61 Prozent, die das neue NDG als grundrechtswidrig bezeichneten. Freilich fällt es schwer zu verstehen, wie man einem Gesetz, das man für unvereinbar mit den Grundrechten sieht, zuzustimmen vermag. Dies taten 16 Prozent der Ja-Stimmenden. Die Motive, die sie angaben – in der grossen Mehrheit sicherheitsbezogene Beweggründe – lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. Allenfalls stellt die Sicherheit ein derart hohes Gut für diese Stimmenden dar, dass sie Grundrechtsverletzungen dafür billigend in Kauf nehmen.

Tabelle 6-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-standen	Weiss nicht
Die Schweiz braucht für die Sicherheit im Kampf gegen Terrorismus einen starken Nachrichtendienst.	Total	83	15	2
	Ja-Stimmende	97	2	1
	Nein-Stimmende	56	39	5
Der Schweizer Nachrichtendienst ist zurzeit viel zu stark auf Informationen von anderen Geheimdiensten angewiesen	Total	62	17	21
	Ja-Stimmende	69	12	19
	Nein-Stimmende	47	28	25
Für unsere Sicherheit müssen wir gewisse Einschränkungen von der persönlichen Freiheit in Kauf nehmen.	Total	66	31	3
	Ja-Stimmende	81	17	2
	Nein-Stimmende	39	57	4

Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einver-standen	Weiss nicht
Die Schweiz verfügt bereits über die nötigen rechtlichen Mittel, um Terrorismus zu bekämpfen.	Total	50	43	7
	Ja-Stimmende	32	60	8
	Nein-Stimmende	84	10	6
Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz sind auch Massenüberwachungen ohne klare Verdachtsmomente möglich.	Total	53	39	8
	Ja-Stimmende	45	48	7
	Nein-Stimmende	68	22	10
Das neue Nachrichtendienstgesetz ist nicht mit den Grundrechten zu vereinbaren.	Total	32	56	12
	Ja-Stimmende	16	71	13
	Nein-Stimmende	61	28	11

Angegeben sind Zeilenprozente. Lesebeispiel zum letzten Argument: 32 % aller Stimmenden (16 % aller Ja-Stimmenden bzw. 61 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Kontra-Argument, wonach das neue Nachrichtendienstgesetz nicht mit den Grundrechten zu vereinbaren ist, bei. 56 % aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 12 % antworteten mit «Weiss nicht».

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 25. September 2016, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Forschungszentrum FORS in Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurden. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORS und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 27. September und 14. Oktober 2016 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war das ZDA unter der Mitarbeit von FORS zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Namentlich die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1'575 Befragte, wovon 52 Prozent aus der Deutschschweiz (n=815), 27 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=429) und 21 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=330) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 23.7 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland verzogene)	4903	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1639	33	
Total Adressen mit gültiger Tel. Nr.	3264	67	100
Nicht erreicht (non contact)	785	16	24
Kontakt hergestellt	2479	51	76
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	904	18	28
Total Interviews	**1575**	**32**	**48**

Zur Repräsentativität der Stichprobe

Die soziodemographische Repräsentativität der Stichprobe wird durch den Stichprobenrahmen und das Stichprobenziehungsverfahren gewährleistet. Die am Urnengang Teilnehmenden sind indessen deutlich übervertreten, die Abweichung (24.5 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen.[38] Sodann betragen die Abweichungen beim materiellen Stimmentscheid +3.5 Prozentpunkte bei der «Grünen Wirtschaft», -4.2 Prozentpunkte bei der «AHVplus»-Initiative und schliesslich +3.2 Prozentpunkte beim Nachrichtendienstgesetz.

Zur Gewichtung

Zum einen wurde eine Designgewichtung verwendet, um die designbedingte Verzerrung (disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. Zum zweiten wurde eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden sozio-demographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fliesst neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der sozio-demographischen Variablen aus dem Register berechnet. Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten noch an die tatsächliche Wahlbeteiligung und den tatsächlichen Stimmentscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

[38] Die Grundlage zur Berechnung der Abweichungen bildeten jeweils die materiellen Angaben zur Teilnahme bzw. zum Stimmentscheid.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 25. September 2016 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	43	1575	
Geschlecht			**V = .03**
Männer	44	743	+/-3.6
Frauen	41	832	+/-3.3
Total	43	1575	
Alter			**V = .30*** **
18-39 Jahre	27	351	+/-4.6
40-49 Jahre	35	256	+/-5.8
50-59 Jahre	44	335	+/-5.3
60-69 Jahre	64	264	+/-5.8
70 Jahre und älter	62	369	+/-4.9
Total	43	1575	
Äquivalenzeinkommen			**V = .13** **
1. Quartil (<3'200 CHF)	34	343	+/-5.0
2. Quartil (3'200 – 4'599 CHF)	44	355	+/-5.2
3. Quartil (4'600 – 6'300 CHF)	44	309	+/-5.5
4. Quartil (>6'300 CHF)	53	330	+/-5.4
Total	43	1337	
Bildungsstatus			**V = .09***
Ohne nachobligatorische Bildung	35	196	+/-6.7
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	41	629	+/-3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	44	335	+/-5.3
Fachhochschule/Uni/ETH	49	375	+/-5.1
Total	43	1535	
Erwerbsstatus			**V = .26*** **
Selbständig	41	128	+/-8.5
Angestellter	37	683	+/-3.6
Andere Erwerbspersonen	39	39	+/-15.3
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	31	74	+/-10.5
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	65	485	+/-4.2
Hausfrau/Hausmann	35	94	+/-9.6
Andere Nicht-Erwerbspersonen	22	68	+/-9.8
Total	43	1571	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			**V = .08**
Linksaussen (0-2)	51	98	+/- 9.9
Links (3,4)	45	289	+/- 5.7
Mitte (5)	39	556	+/- 4.1
Rechts (6,7)	44	351	+/- 5.2
Rechtsaussen (8-10)	49	175	+/- 7.4
Total	43	1469	
Parteisympathie			**V = .21*** **
FDP	58	276	+/-5.8
CVP	55	144	+/-8.1
SP	43	289	+/-5.7
SVP	41	246	+/-6.1
GLP	49	57	+/-13
Grüne	51	86	+/-10.6
andere Partei	40	124	+/-8.6
keine	28	353	+/-4.7
Total	43	1575	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			**V = .08***
sehr gering bis mittel (0-5)	36	333	+/-5.2
hoch (6,7)	46	522	+/-4.3
sehr hoch (8-10)	44	697	+/-3.7
Total	43	1552	
Politisches Interesse			**V = .39*** **
überhaupt nicht interessiert	8	105	+/- 5.3
eher nicht interessiert	22	341	+/- 4.4
eher interessiert	50	834	+/- 3.4
sehr interessiert	71	292	+/- 5.2
Total	43	1572	

Tabelle 0-3: Stimmverhalten zur Initiative «Grüne Wirtschaft» nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	36	927	
Geschlecht			**V = .04**
Männer	35	470	+/-4.3
Frauen	38	457	+/-4.5
Total	36	927	
Alter			**V = .19*** **
18 bis 39 Jahre	51	151	+/-8.0
40 bis 49 Jahre	38	140	+/-8.0
50 bis 59 Jahre	34	191	+/-6.7
60 bis 69 Jahre	40	193	+/-6.9
70 Jahre und älter	24	252	+/-5.3
Total	36	927	
Äquivalenzeinkommen			**V = .07**
1. Quartil (<3'200 CHF)	30	170	+/-6.9
2. Quartil (3'200 – 4'599 CHF)	40	208	+/-6.7
3. Quartil (4'600 – 6'300 CHF)	38	198	+/-6.8
4. Quartil (>6'300 CHF)	37	228	+/-6.3
Total	36	804	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			**V = .17*** **
Ohne nachobligatorische Bildung	27	91	+/-9.1
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	350	+/-5.0
Maturität/höhere Berufsbildung	30	206	+/-6.3
Fachhochschule/Uni/ETH	48	256	+/-6.1
Total	36	903	
Erwerbsstatus			**V = .21*** **
Selbständig	23	75	+/-9.5
Angestellter	43	367	+/-5.1
Andere Erwerbspersonen	23	20	+/-18.4
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	65	33	+/-16.3
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	30	350	+/-4.8
Hausfrau/Hausmann	27	50	+/-12.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	63	30	+/-17.3
Total	36	925	
Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V = .44*** **
Linksaussen (0-2)	84	69	+/-8.6
Links (3,4)	62	193	+/-6.8
Mitte (5)	30	297	+/-5.2
Rechts (6,7)	18	217	+/-5.1

Rechtsaussen (8-10)	19	108	+/-7.4
Total	36	884	
Parteisympathie			**V = .50*** **
FDP	11	190	+/-4.4
CVP	22	92	+/-8.5
SP	63	184	+/-7.0
SVP	12	142	+/-5.3
GLP	63	42	+/-14.6
Grüne	87	57	+/-8.7
andere Partei	47	70	+/-11.7
keine	43	150	+/-7.9
Total	36	927	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			**V = .05**
sehr gering bis mittel (0-5)	41	170	+/-7.4
hoch (6,7)	34	322	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	36	427	+/-4.6
Total	36	919	
Politisches Interesse			**V = .09**
überhaupt nicht interessiert	30	14	+/-24
eher nicht interessiert	27	117	+/-8.0
eher interessiert	36	551	+/-4.0
sehr interessiert	40	242	+/-6.2
Total	36	924	

Tabelle 0-4: Stimmverhalten zur Initiative «AHVplus» nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	40.5	1001	
Geschlecht			**V = .09***
Mann	45	489	+/-4.4
Frau	36	512	+/-4.2
Total	40.5	1001	
Alter			**V=.15*****
18 bis 39 Jahre	33	157	+/-7.4
40 bis 49 Jahre	37	143	+/-7.9
50 bis 59 Jahre	37	207	+/-6.6
60 bis 69 Jahre	54	209	+/-6.8
70 Jahre und älter	40	285	+/-5.7
Total	40.5	1001	
Äquivalenzeinkommen			**V = .16*****
1. Quartil (<3'200 CHF)	42	192	+/-7.0
2. Quartil (3’200 – 4’599 CHF)	54	225	+/-6.5
3. Quartil (4’600 – 6’300 CHF)	40	211	+/-6.6
4. Quartil (>6’300 CHF)	34	240	+/-6.0
Total	40.5	868	
Bildungsstatus			**V = .06**
Ohne nachobligatorische Bildung	41	101	+/-9.6
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	42	390	+/-4.9
Maturität/höhere Berufsbildung	43	218	+/-6.6
Fachhochschule/Uni/ETH	36	265	+/-5.8
Total	40.5	974	
Erwerbsstatus			**V = .18****
Selbständig	43	81	+/-10.8
Angestellter	37	397	+/-4.7
Andere Erwerbspersonen	8	22	+/-11.3
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	36	33	+/-16.4
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	46	380	+/-5.0
Hausfrau/Hausmann	25	58	+/-11.1
Andere Nicht-Erwerbspersonen	66	28	+/-17.5
Total	40.5	999	

Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V = .31*** **
Linksaussen (0-2)	78	69	+/-9.8
Links (3,4)	57	198	+/-6.9
Mitte (5)	36	334	+/-5.1
Rechts (6,7)	26	231	+/-8.3
Rechtsaussen (8-10)	31	119	+/-5.2
Total	40.5	951	
Parteisympathie			**V = .38*** **
FDP	18	211	+/-5.2
CVP	26	104	+/-8.4
SP	71	195	+/-6.4
SVP	34	157	+/-7.4
GLP	28	42	+/-13.6
Grüne	62	58	+/-12.5
andere Parteien	40	77	+/-10.9
keine	48	157	+/-7.8
Total	40.5	1001	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			**V = .07**
sehr gering bis mittel (0-5)	45	186	+/-7.1
hoch (6,7)	43	348	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	37	460	+/-4.4
Total	40.5	994	
Politisches Interesse			**V = .11**
überhaupt nicht interessiert	12	20	+/-14.2
eher nicht interessiert	32	141	+/-7.7
eher interessiert	40	592	+/-3.9
sehr interessiert	46	245	+/-6.2
Total	40.5	998	

Tabelle 0-5: Stimmverhalten zum Nachrichtendienstgesetz nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja (%)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	65	917	
Geschlecht			**V = .03**
Männer	64	477	+/-4.3
Frauen	67	440	+/-4.4
Total	65	917	
Alter			**V=.22*** **
18 bis 39 Jahre	49	151	+/-8.0
40 bis 49 Jahre	65	137	+/-8.0
50 bis 59 Jahre	59	188	+/-7.0
60 bis 69 Jahre	69	190	+/-6.6
70 Jahre und älter	79	251	+/-5.0
Total	65	917	
Äquivalenzeinkommen			**V = .04**
1. Quartil (<3'200 CHF)	65	162	+/-7.3
2. Quartil (3'200 – 4'599 CHF)	67	206	+/-6.4
3. Quartil (4'600 – 6'300 CHF)	69	199	+/-6.4
4. Quartil (>6'300 CHF)	65	228	+/-6.2
Total	65	795	
Bildungsstatus			**V = .09**
Ohne nachobligatorische Bildung	61	88	+/-10.0
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	62	344	+/-5.2
Maturität/höhere Berufsbildung	73	208	+/-6.6
Fachhochschule/Uni/ETH	64	251	+/-5.5
Total	65	891	
Erwerbsstatus			**V = .23*** **
Selbständig	71	72	+/-10.5
Angestellter	62	366	+/-5.0
Andere Erwerbspersonen	25	20	+/-19.0
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	48	34	+/-16.8
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	75	348	+/-4.5
Hausfrau/Hausmann	55	48	+/-14.1
Andere Nicht-Erwerbspersonen	32	27	+/-17.6
Total	65	915	

Links-Rechts-Einstufung (0-10)			**V=.22*** **
Linksaussen (0-2)	33	63	+/-11.6
Links (3,4)	60	185	+/-7.1
Mitte (5)	68	293	+/-5.3
Rechts (6.7)	72	225	+/-5.9
Rechtsaussen (8-10)	74	111	+/-8.2
Total	65	877	
Parteisympathie			**V = .25*** **
FDP	75	194	+/-6.1
CVP	86	89	+/-7.2
SP	57	179	+/-7.3
SVP	73	149	+/-7.1
GLP	66	41	+/-14.5
Grüne	39	51	+/-13.4
andere Partei	62	65	+/-11.8
keine	52	149	+/-8.0
Total	65	917	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			**V = .16*** **
sehr gering bis mittel (0-5)	51	164	+/-7.6
hoch (6,7)	65	318	+/-5.2
sehr hoch (8-10)	72	429	+/-4.2
Total	65	911	
Politisches Interesse			**V = .39*** **
überhaupt nicht interessiert	32	9	+/-30.5
eher nicht interessiert	49	113	+/-9.2
eher interessiert	67	554	+/-3.9
sehr interessiert	70	238	+/-5.8
Total	65	917	